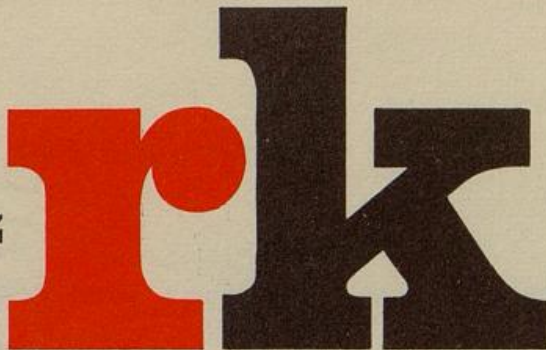


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 27. Juni 1983

Blatt 1677

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Stadtradio-Fest im Wiener Gänsehäufel
Guter Mai im Wiener Fremdenverkehr
Schienen-Oldtimer in der Innenstadt zu besichtigen
Investitionshilfe für Wiener Klein- und
Mittelbetriebe
Größte Badebucht der Donauinsel eröffnet

Kommunal:
(rosa) Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
Graz: Gassergasse wird abgerissen

Kultur:
(gelb) "Johannes Brahms und seine Zeit"

Nur
über FS: 24.6. Kind lief gegen Straßenbahn
25.6. Buslinie "34 A": Kürzere Betriebszeit
Hietzinger Bad: Vierjähriger Bub ging unter
26.6. 100. Geburtstag im Pflegeheim Lainz
27.6. Vorverlegter Betriebsschluß
Moped gegen Straßenbahn

.....
Bereits am 24. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stadtradio-Fest im Wiener Gänsehäufel

=++++

15 #Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Bei sommerlichen Temperaturen und mit guter Laune startete Freitag mittag das Wiener Stadtradiofest im Gänsehäufel. Bei dem Fest agierten zahlreiche Stars aus der Wiener Musikszene, unter anderen Rainhard FENDRICH. NICKERBOCKER stellte seine Single "Wien ein guter Platz zum Leben" den zahlreich erschienen Badegästen vor. Die ersten tausend Fans erhielten eine Platte samt Autogramm.#

Zwtl.: Wiener Bäder - die billigste Art Urlaub zu machen

Bäderstadtrat Peter SCHIEDER wies auf das Konzept der Sommerbäder hin, den Wienern noch mehr Freizeiteinrichtungen, Spiel und Spaß zu bieten.

Attraktionen wie die Wasserrutsche im Hallen- und Sommerbad Donaustadt, so Schieder, sollen die Wiener Bäder zu einer billigen und attraktiven Möglichkeit machen, Urlaub zu genießen.

Zwtl.: Weitere Bäder-Feste geplant

In den städtischen Sommerbädern sollen noch weitere Stadtradio-Sendungen durchgeführt werden. Die geplanten Termine für alle, die mitmachen und dabei sein wollen: 1. Juli - Laaerbergbad, 8. Juli - Krapfenwaldlbach, 15. Juli - Ottakringerbad. (Schluß) je/ap

NNNN

.....
Bereits am 25. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Guter Mai im Wiener Fremdenverkehr

=++++

3 Wien, 25.6. (RK-WIRTSCHAFT) Zu einem echten "Wonnemonat" wurde der heurige Monat Mai für den Wiener Fremdenverkehr. Die Übernachtungen in Hotels und Pensionen stiegen gegenüber dem Mai 1982 um 10,5 Prozent. Fast 500.000 Gästenächtigungen wurden in den Beherbergungsbetrieben gezählt. Die Ergebnisse der einzelnen Herkunftsländer waren schwankend. Während bei den Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland ein Zuwachs von 21,5 Prozent, bei den Gästen aus den USA ein Plus von 31,6 Prozent erreicht wurde, sank die Zahl der Gästenächtigungen aus Italien um 23 Prozent.

Zu diesen guten Ergebnis trug sicher bei, daß heuer die Pfingstfeiertage in den Monat Mai fielen, was allerdings auch im Vorjahr der Fall war. Auch wurden heuer im Mai eine Reihe größerer Kongresse in Wien abgehalten.

Die positive Entwicklung wirkte sich auf alle Hotelkategorien aus. In der Luxus- und Erstklass-Hotellerie betrug der Gästezuwachs 7,3 Prozent, in den Dreistern-Betrieben 9,1 Prozent. Die einfachen Hotels und Gasthöfe konnten mit einem Zuwachs von 25,5 Prozent ihr schlechtes Vorjahrsergebnis wettmachen. (Schluß) fk/jh

NNNN

.....
Bereits am 26. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schienen-Oldtimer in der Innenstadt zu besichtigen

=++++

1 #Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Zum Doppeljubiläum "100 Jahre elektrische Tramway in Österreich - 80 Jahre Wiener Städtische Straßenbahn" wird in der Hauptanstalt des Dorotheums in der Innenstadt, Dorotheergasse 17, zwei Wochen lang - vom 27. Juni bis zum 9. Juli - eine Straßenbahn-Modellausstellung gezeigt. Die Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 - 18 Uhr und Samstag von 8.30 bis 12 Uhr. Die Ausstellung, die frei zugänglich ist, wird vom Dorotheum in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein Innere Stadt und den Wiener Verkehrsbetrieben veranstaltet. #

Die Schau bietet einen Querschnitt über die Geschichte des öffentlichen Verkehrs der letzten 115 Jahre, beginnend mit der Pferdetramway, über die Dampftramway, der ersten "Elektrischen" von 1897 bis zu den städtischen Autobussen und der U-Bahn. Darunter sind auch ganz markante und für Tramwayfans unvergessene Modelle wie die Type "G", der berühmte "M" der Kriegsstraßenbahnwagen "Heidelberger" und der "Amerikaner" zu sehen.

Über die Modelle der Schienen-Oldtimer hinaus wird eine Broschüre, verfaßt von Prof. Dr. Felix CZEIKE, den Jubilar "Straßenbahn" in seiner Bedeutung würdigen. Die Wiener Verkehrsbetriebe errichten einen Info-Stand, bei dem Auskunft über alle technischen und organisatorischen Neuerungen im städtischen Verkehr erteilt wird. (Schluß) ba/jh

NNNN

.....
Bereits am 26. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Investitionshilfe für Wiener Klein- und Mittelbetriebe

Utl.: Zuschüsse um 25 Prozent erhöht

=++++

2 #Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Zuschuß bis zu 250.000 Schilling können Wiener Klein- und Mittelbetriebe jetzt erhalten, wenn sie modernisiert werden. Bisher war die Investitionsförderung mit 200.000 Schilling begrenzt. Die "Kleinbetriebezuschußaktion" läuft seit 1977 und ist ein Schwerpunkt in den Bestrebungen der Stadt Wien, kleine und mittlere Betriebe in der Bundeshauptstadt zu unterstützen. Die wesentlich verbesserten Förderungsrichtlinien wurden vom Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen. #

Die Zuschüsse werden Betrieben gewährt, deren Bilanzsumme 5 Millionen, deren Umsatz 18 Millionen und deren Beschäftigungszahl 40 nicht übersteigt. Sie betragen 10 Prozent der Investitionen, wobei die Höchstbemessungsgrundlage auf 2,5 Millionen Schilling erhöht wird.

Um die Nahversorgung aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, wird die Zuschußaktion nun auch auf Filialen des Lebensmittelkleinhandels ausgedehnt, die zu Großunternehmen gehören. Voraussetzung ist allerdings, daß die Verkaufsfläche nicht größer als 60 Quadratmeter ist und daß die Filiale nicht mehr als drei vollbeschäftigte Mitarbeiter hat. Die Förderung beträgt bei solchen Betrieben 5 Prozent der Investitionssumme bis zu 2,5 Millionen Schilling.

Eine weitere Verbesserung der Aktion besteht darin, daß Zuschüsse innerhalb eines Zeitraums von 7 Jahren mehrmals gewährt werden können, solange insgesamt die Höchstbemessungsgrundlage nicht überschritten wird.

Informationen über die Kleinbetriebezuschußaktion gibt es beim Kreditverein der Zentralsparkasse oder bei der Hausbank. Dort kann man auch um einen Zuschuß einreichen. (Schluß) sc/jh

NNNN

.....
Bereits am 26. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Größte Badebucht der Donauinsel eröffnet

=++++

4 Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Das Erholungsgebiet Donauinsel ist ab heute um eine Attraktion reicher: In Anwesenheit von Umweltstadtrat Peter SCHIEDER und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN wurde ein, rund ein Kilometer langes Inselstück im Bereich zwischen der Nordbahnbrücke und der Brigittenauerbrücke eröffnet. Tausende Personen waren gekommen, um der feierlichen Eröffnung beizuwohnen, die mit einem großen Fest verbunden war. Das neue Teilstück enthält die größte Badebucht der gesamten Donauinsel. Damit stehen am linken Donauufer neun Hektar und auf der Insel etwa 14 Hektar Erholungsfläche zur Verfügung.

Der Ansturm der Bevölkerung war enorm. Bereits am Vormittag waren sämtliche Parkplätze im Bereich der Floridsdorferbrücke belegt. Viele Wiener wählten den bequemen Weg mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Von der Schnellbahnstation Strandbäder führt ein neuer asphaltierter Fußgängerübergang auf die Insel.

Im Rahmen des Donauinselfestes finden den ganzen den ganzen Nachmittag über Veranstaltungen statt, darunter ein Kinderfest mit Zauberern, Jazzgymnastik und Gewinnspielen, ein Familienfest, moderiert von Edi Finger Jun. und einer Karibik-Show mit Lance Lumsden.

(Schluß) ull/ap

NNNN

"Johannes Brahms und seine Zeit"

Utl.: Arkadenhof-Ausstellung des Wiener Landesarchivs

=++++

2 #Wien, 27.6. (RK-KULTUR) Am 7. Mai dieses Jahres gedachte die musikalische Welt des 150. Geburtstages von Johannes Brahms. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv widmet aus diesem Anlaß dem großen Komponisten im Arkadenhof des Wiener Rathauses die Ausstellung "Johannes Brahms und seine Zeit", die ab Montag, 4. Juli, bis Ende September Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zu sehen ist.#

Die kleine Ausstellung zeichnet anhand von Originalen, Bildern, Plänen und Notenbeispielen ein Bild des Meisters, der von vielen als "letzter Großer" einer Epoche (in der Reihe der Klassiker) bezeichnet wird. Unter den Originalen befinden sich Teile aus der mehrerere tausend Seiten umfassenden Verlassenschaftsabhandlung, die samt dem Testament des Komponisten im Landesarchiv verwahrt wird, sowie wenig bekannte Familiendokumente, Urkunden aus Brahms Jugendzeit und Originalakten der Brahms-Gesellschaft. Auch die Zeit, in der der Komponist lebte, seine Umgebung, sein Bekannten- und Freundeskreis werden in der kleinen Schau beleuchtet.

Der am 17. Mai 1833 in Hamburg geborene Brahms hatte schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Wien seine musikalischen Wurzeln geschlagen. Zu seinem großen Bekannten- und Freundeskreis zählten unter anderen Theodor Billroth, Eusebius Mandyczewsky, Anton Door, Ignaz Brüll und Viktor Miller zu Aichholz. Brahms lebte rund ein Vierteljahrhundert in der von ihm geliebten Wienerstadt, die auch am 6. April 1897, drei Tage nach seinem Tod, mit entsprechender Würde von diesem Großen der Tonkunst Abschied nahm, dessen Name mit der Musikstadt Wien immer verbunden bleiben wird. (Schluß) am/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) wurde die Sitzung des Gemeinderates am Montag mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) nach den Maßnahmen für eine Fahrpreisermäßigung in den Ferien bei Schülern über 15 Jahren, antwortete Stadtrat HATZL, daß die Beförderung zwischen Schule und Wohnort der Regelung nach dem Familienlastenausgleichsgesetz unterliegt und für den Schüler unentgeltlich erfolgt. Die sonstigen Beförderungsfälle erfolgen nach den Tarifen der Verkehrsunternehmungen, wobei Kindern bis zum 15. Lebensjahr eine 50prozentige Ermäßigung eingeräumt wird. Einige wenige öffentliche Unternehmen, darunter auch die Wiener Verkehrsbetriebe, haben diese Ermäßigung ausgeweitet. Die Tarifreform von 1982 brachte für Kinder und Schüler auch über 15 Jahre wesentliche Verbesserungen. Eine weitere Tarifregelung für Schüler über 15 Jahre könne er sich vorstellen, so Hatzl, allerdings können im Hinblick auf den zukünftigen Verkehrsverbund Änderungen der geltenden Tarifbestimmungen nur in Abstimmung mit den übrigen am Verbund beteiligten Verkehrsunternehmungen ausgearbeitet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob konkret Überlegungen angestellt werden, betonte Stadtrat Hatzl nochmals, daß derartige Überlegungen im Gange sind, bei denen allerdings auch die Lehrlinge berücksichtigt werden sollen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob nicht eine rasche Regelung ähnlich wie für den Papstbesuch angestrebt werden könnte, stellte Hatzl fest, daß eine Tarifänderung für Schüler für den heurigen Sommer nicht mehr in Frage kommt. Beim Papstbesuch werden jenen, die sonst nicht mit der Straßenbahn fahren, Begünstigungen gewährt. Es geht dabei darum, ein größeres Verkehrsaufkommen mit Autos zu verhindern. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob die Mitnahme von Fahrrädern auf der U-Bahn probeweise zugelassen wird, erklärte Stadtrat Hatzl, daß er diese Frage überprüfen werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob nicht München bereits als Beispiel herangezogen werden könnte, antwortete Hatzl, gerade München sei ein schlechtes Beispiel, weil dort die Tarife sehr hoch sind. Es geht nicht nur um die Frage des Mitnehmens, sondern auch um andere Rechtsfragen, die geklärt werden müssen, wie beispielsweise, wer die Verantwortung bei Verletzungen der Fahrgäste durch ein Fahrrad übernimmt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie lange die Prüfung dauern wird, sagte Hatzl, bis zu dem Termin, zu dem die Fragen ausreichend geklärt sind. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ), welche Maßnahmen die Stadt Wien im Bereich der Familienbildung setzt, führte Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER unter anderen den Familiensonntag, Eltern- und Volkshochschule, das Ferienspiel, Aktionen der städtischen Büchereien, Musikschulen und Förderung spezieller Bildungsveranstaltungen für Familien an. auf die ZUSATZFRAGE, wie weit dieses Angebot angenommen wird, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß immer mehr Besucher verzeichnet werden können. Beim Familiensonntag etwa sind es jährlich mehr als 100.000. Die Eltern in Wien seien bildungsfreundlich, betonte Fröhlich-Sandner.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Gr. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ), was die städtischen Büchereien unternehmen, um das Leserverhalten der Wiener zu fördern, antwortete Vbgm. Gertrude Fröhlich-Sandner, daß sich die Büchereien in erster Linie bemühen, das Leseangebot zu verbessern. Zu den Verbesserungen gehört aber auch die Umstellung der Ausleihe über Pulte in freundliche Freihandbüchereien. Das Angebot wird erweitert, insbesondere um wertvolle Kinder-, Jugend und Sachbücher aus den wichtigsten Interessensgebieten, aber auch um Zeitschriften. Fröhlich-Sandner verwies auf die Zusammenarbeit mit den Kindergärten und Schulen und die Bemühungen um alte und behinderte Menschen, die Betreuung der Pensionistenklubs und den Hausbesuchsdienst sowie auf die Aktion "Lesen im Park" und die Büchereien in den Krankenhäusern. auf die ZUSATZFRAGE, ob sich eine Steigerung des Leseinteresses feststellen lasse, erklärte Fröhlich-Sandner, daß derzeit 150.000 Leser eingeschrieben sind, das entspricht einer Steigerung von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit 1970 haben sich die Entlehnzahlen verdoppelt, 34 Prozent der Leser sind Kinder. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann die Modernisierung des Elisabethspitals in Angriff genommen wird, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß die Modernisierung bereits seit Jahren läuft, aber noch nicht abgeschlossen ist. Unter anderem nannte Stacher die Errichtung von Intensivstationen, die Installierung der Notstromversorgung, Unterteilung von Krankenzimmern und Verbesserung des Einrichtungsstandards. Für alle Maßnahmen wurden in den letzten Jahren rund 55 Millionen Schilling aufgewendet. Weitere Unterteilungen von Sälen sollen nach Möglichkeit im Rahmen des Budgets des nächsten Jahres vorgenommen werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Ansicht teile, daß die hohen Aufwendungen für das AKH zu Verzögerungen beim SMZ-Ost und bei der Renovierung der anderen Spitäler führen, antwortete Stacher: "Sicher nicht." Das "Defizit" der Spitäler - wenn man von einem solchen in der Krankenbetreuung überhaupt sprechen könne - sei recht hoch, sagte Stacher. Für die Stadt Wien sei es nicht leicht, die finanziellen Mittel bereitzustellen. Stünden den Leistungen auch die entsprechenden Einnahmen gegenüber, wäre es leichter. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Vorkehrungen für den heurigen Sommer getroffen wurden, damit nicht wieder Abteilungen geschlossen werden müssen, antwortete Stadtrat Stacher, es habe Gespräche mit der Personalvertretung gegeben, um Engpässe aus Personalmangel während des Sommers zu verhindern. Es gelte dies vor allem für die medizinischen Abteilungen. Während des Sommers würden allerdings auch notwendige Renovierungsarbeiten zu Sperren von Abteilungen führen. Er sei optimistisch, daß es möglich sein werde, den Personalmangel zu beheben und erstmals im Herbst alle Schwesternposten zu besetzen, wenn 450 Schwesternschülerinnen ihre Diplome erhalten. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Mag. ZIMA (SPÖ), welche Ausbildungsveranstaltungen derzeit im Rahmen der Mediziner- und Arzteausbildung in den Krankenhäusern der Stadt Wien stattfinden, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß derzeit eine ganze Reihe von praxisbezogenen Veranstaltungen stattfinden. Dazu zählen das Intensivpraktikum im ersten Studienabschnitt, die Pflichtfamulatur vor Abschluß des dritten Studienabschnittes, die freiwillige Famulatur, das Akademikertraining, sowie die Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Mannigfaltigkeit der Ausbildungsmöglichkeiten nicht zu organisatorischen Schwierigkeiten führt, sagte Stacher, das ist durchaus der Fall. Hier wird man in enger Zusammenarbeit mit der Studienkommission versuchen, die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten zu ordnen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE wie er zur Forderung nach Ausbildungsassistenten steht, sagte Stacher, es wäre schön, diese Möglichkeit zu schaffen, auf Kosten der Stadt Wien ist dies jedoch nicht möglich. Es wäre jedoch nur logisch, wenn das Wissenschaftsministerium die Kosten für Ausbildungsassistenten übernehmen würde. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen zur umweltfreundlichen Beseitigung des Wiener Mülls angestrebt werden, sagte StR. SCHIEDER, daß er zunächst einmal die Verhinderung des Müllanfalls als primäre Maßnahme ansieht. Es ist nicht einzusehen, daß den Städten und Gemeinden Probleme aufgehalst werden, die etwa von der Verpackungsindustrie verursacht werden. Zur Beseitigung sagte Schieder, daß die Deponierung nur in Ausnahmefällen in Frage kommen kann und die Verbrennung die beste technische Ausrüstung der diesbezüglichen Anlagen zur Voraussetzung hat. Für die Zukunft ist ein Weg zu finden, der mit der Sortierung im Haushalt beginnt und mit der Wiederverwertung der Rohstoffe endet. Er hat diesbezüglich eine Reihe von Überlegungen im bezug auf das Rinterzelt getroffen, die im Sommer vom zuständigen Bankenkonsortium geprüft werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob das Lösungskonzept für die Rinter-AG damit nicht verschleppt wird, sagte Schieder, das ist nicht der Fall. Seine Gespräche mit den Banken beinhalten überdies völlig neue Überlegungen zu diesem Problem. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bei einer unbefriedigenden Antwort des Bankenkonsortiums bereits Alternativvorstellungen entwickelt hat, sagte Schieder, daß es zu seinem politischen Stil gehört, immer auch Alternativen bereit zu halten. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), welche Auswirkungen die Grundwasserverunreinigungen im Bereich der Mitterndorfer Senke für die Dritte Wiener Wasserleitung haben, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß im südlichen Wiener Becken weitreichende Belastungen des Grundwassers mit chlorierten Kohlenwasserstoffen bekannt sind. Schieder wies darauf hin, daß die Fachdiskussion über die grundsätzlichen Dimensionen dieses Problems noch im Gange sei. Keinesfalls aber wolle er es unterschätzen. Die Ausbreitung der Verunreinigung erfolgt in Richtung des Grundwasserstroms. Es ist zu befürchten, daß innerhalb der nächsten Jahre beim Brunnen Moosbrunn I ein Verunreinigungsgrad über den Richtwert hinaus erreicht wird. Beim Brunnen Moosbrunn II sind derzeit keinerlei Anzeichen einer Gefährdung festzustellen. Die Wiener Wasserwerke befinden sich in ständigem Informationsaustausch mit den niederösterreichischen Dienststellen und den örtlichen Wasserversorgungsunternehmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Wasserversorgung Wiens gesichert sei, wenn bei der Zweiten Hochquellenwasserleitung Schäden auftreten, antwortete Schieder, daß Wiens Trinkwasserversorgung nicht gefährdet sei. Es werde alles unternommen, um die beiden Hochquellenleitungen so sicher wie möglich zu erhalten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Wien also hinsichtlich der Wasserversorgung "aus dem Wasser" sei, sagte Schieder, man müsse stets alle Eventualitäten in die Überlegungen mit einbeziehen. Wir wollen aber keine Angst verbreiten, sondern den Wienern sagen, daß sie mit gutem Wasser rechnen können. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HAUFL (SPÖ), welche Maßnahmen bei dem geplanten Ausbau des Alberner Hafens zum Schutz des "Blauen Wassers" und des "Sauhafens" vorgesehen seien, antwortete Stadtrat Schieder, daß das "Blaue Wasser", unter Schutz gestellt wird. Die entsprechende Verordnung wird derzeit eben fertiggestellt. Der "Sauhaufen" wird zu einem großen Teil den gezielten Ausbaumaßnahmen weichen müssen, wobei aber Rodungen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß vorgenommen werden dürfen. Der Hafenausbau erfolgt so, daß sich die getroffenen Maßnahmen möglichst in das Umland einfügen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung geplant sei, sagte Schieder, daß der Gemeinderat durch seine Entscheidung bereits prinzipiell klar gestellt hat, daß der Ausbau des Hafens und die Schifffahrt umweltfreundlichere Transportmöglichkeiten eröffnen als zum Beispiel große Lkws. Darüber hinaus ist es aber selbstverständlich, daß der konkrete Ausbau so erfolgt, daß es dabei zu keinen unnötigen Eingriffen in die Umwelt kommt. Die Umweltabteilung ist in alle Planungen miteinbezogen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Mitsprachemöglichkeiten für die Bevölkerung bestehen, wies Schieder daraufhin, daß - sobald die Planungen des Hafens soweit sind - ein öffentliches Umwelthearing stattfinden werde. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPÖ), ob es notwendig sei, für die Errichtung einer Radrennbahn auf der Donauinsel einen Auwald zu roden, sagte StR. SCHIEDER, daß nach dem alten Plan insgesamt 96 Bäume, Pappeln, Birken und Traubenkirschen, sowie 80 Sträucher entfernt hätten werden müssen. Es könne noch nicht beurteilt werden, welche Rodungen für die Folgeeinrichtungen der Rennbahn nötig seien.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum ein Meinungsumschwung erfolgt sei, betonte StR. Schieder, daß sich die Freizeitpolitiker in Wien eine permanente Radrennstrecke wünschen. Aufgrund der Eingriffe in die Natur wird diese Rennstrecke aber nicht gebaut.

Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ein anderer Standort gesucht werde, bejahte Schieder, es müsse allerdings möglich sein, daß kein Baumbestand dafür geopfert werden muß.

Mit der Beantwortung der zehnten Anfrage war die Fragestunde beendet. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

13 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier schriftliche Anfragen der FPÖ und acht schriftliche Anfragen der ÖVP vor.

Insgesamt wurden acht Anträge eingebracht, die den Ausschüssen zugewiesen wurden:

- o ein Antrag der SPÖ betreffend Bildung einer Behindertenkommission,
- o ein Antrag der ÖVP zur Schaffung von Mopedabstellplätzen im Bereich der Berufsschule Apollogasse,
- o ein Antrag der ÖVP zur Überprüfung, ob Stadtbahnbögen als KFZ-Abstellplätze benützt werden können,
- o ein Antrag der ÖVP bezüglich des Erwerbs gemeindeeigener Reihenhäuser im 13. Bezirk ins Eigentum der Mieter,
- o ein Antrag der ÖVP zur Feststellung der Zahl der anhängigen Verfahren bei der Schlichtungsstelle,
- o ein Antrag der ÖVP zur Angleichung der Mietzinsbeihilfe an die Wohnbeihilfe,
- o ein Antrag der FPÖ zur Benennung einer Verkehrsfläche in "Sudetendeutscher Platz",
- o ein Antrag der FPÖ betreffend die Gültigkeitsdauer von Schülerstreckenkarten in den Monaten Juli und August.

Zwtl.: Wahlen und verschiedene Vertretungskörper

Einstimmig wurden die Mitglieder der gemeinderätlichen Personalkommission gewählt. Ihr gehören an: StR. Friederike SEIDL, acht Gemeinderäte der SPÖ, vier Gemeinderäte der ÖVP und elf städtische Bedienstete.

In den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt wurden sechs Mitglieder der SPÖ und drei Mitglieder der ÖVP einstimmig gewählt. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

14 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die gute Wirtschaftspolitik und die Einhaltung des Einnahmen- und Ausgabenrahmens führten im Jahr 1982 dazu, daß der Rechnungsabschluß günstiger ausfiel als das Budget, stellte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) in einem Bericht zum Rechnungsabschluß fest. Bei Einnahmen von 62,1 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden verringerte sich der Abgang von 4,6 Milliarden um 1,1 Milliarden auf 3,5 Milliarden.

Stadtrat MAYR führt dieses positive Ergebnis auf drei Faktoren zurück:

- o Auf die realistische Einschätzung der Einnahmen und Ausgaben beim Voranschlag,
- o auf die kostendeckende Politik bei den Gebühren,
- o auf die Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik, die zu einem realen Wirtschaftswachstum in Wien führen.

Zwtl.: Wiener Arbeitslosenrate deutlich unter Bundesdurchschnitt

Durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes Wien konnte ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau erreicht werden. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im Vorjahr 3,3 Prozent, im Bundesdurchschnitt waren es 3,7 Prozent. Nur in Japan war die Arbeitslosenrate mit 2,4 Prozent geringer. Auch bei anderen Indikatoren schnitt Österreich 1982 im internationalen Vergleich gut ab. Beim Verbraucherpreisindex liegt Österreich an dritter Stelle hinter Japan. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes betrug real 1,1 Prozent gegenüber den anderen westlichen Industriestaaten, die im Durchschnitt ein Realwachstum von nur 0,5 Prozent aufzuweisen hatten. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

Realistische Schätzung bei den Einnahmen und Ausgaben

=++++

15 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Gegenüber dem Budget 1982 stiegen die Einnahmen um 4,7 Milliarden, die Ausgaben um 3,5 Milliarden. Allerdings sind, wie Stadtrat Mayr betonte, in beiden Beträgen 2,9 Milliarden als "Durchlauferposten" enthalten - Kreditaufnahmen und Rückzahlungen, die ausschließlich dazu dienten, Kredite mit hoher Verzinsung durch Kredite mit niedriger Verzinsung zu ersetzen. Die "echten" Mehreinnahmen betragen somit 1,8 Milliarden, die "echten" Mehrausgaben 0,6 Milliarden. Mit einer Abweichung von 3,1 Prozent bei den Einnahmen und 0,96 Prozent bei den Ausgaben erwies sich das Budget 1982 als eine sehr realistische Schätzung.

Zwtl.: Die Rücklagen stiegen auf 3,8 Milliarden

Die Rücklagen der Stadt Wien erhöhten sich um 2.893 Millionen im Jahr 1982 um fast eine Milliarde auf 3.873 Millionen. Der Anstieg ist vor allem auf die Bildung einer Sonderrücklage Kreditrückzahlung mit 700 Millionen und auf eine neue Sonderrücklage Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit 222 Millionen zurückzuführen. Weitere große Rücklagen bestehen beim Kulturschilling mit 57 Millionen, bei der Wohnbauförderung mit 1.128 Millionen, bei der Wohnungsverbesserung mit 339 Millionen, beim Neubau des AKH mit 475 Millionen, beim U-Bahn-Bau mit 329 Millionen, bei der Parkometerabgabe mit 142 Millionen und bei der Gebrauchsabgabe mit 470 Millionen.

Zwtl.: Schuldenstand: 22 Prozent der Einnahmen

Die Hoheitsverwaltung - ohne Wiener Stadtwerke und ohne Fremdmittel für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds - schließt 1982 mit Schulden von 13,7 Milliarden ab, das sind 22 Prozent der Einnahmen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

16 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Rechnet man die meist nicht im Budget der Hoheitsverwaltung enthaltenen Schulden der Stadtwerke und für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds hinzu, erhöhte sich der Schuldenstand der Stadt Wien von 35,7 Milliarden Ende 1981 um 4,0 Milliarden auf 39,7 Milliarden Ende 1982, erklärte Stadtrat Mayr.

Zwtl.: Beschäftigungswirksame Ausgaben: 19,3 Milliarden

Der Anteil der Investitionen geht bei allen Gebietskörperschaften gemessen an ihren Gesamtausgaben zurück. In Wien wurden 9.087 Millionen investiert, das sind 13,9 Prozent der Gesamtausgaben. Die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe fielen mit 13.156 Millionen jedoch weit höher aus. Insgesamt wurden im Vorjahr an direkt nachtragewirksamen Ausgaben 19.338 Millionen ausgegeben, das sind 29,5 Prozent der Gesamtausgaben.

Stadtrat Mayr hob besonders die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung hervor. 14.772 Wiener Betriebe - das sind nahezu die Hälfte aller Wiener Betriebe - wurden - die letzten 10 Jahre - durch gezielte Förderungsmaßnahmen in die Lage versetzt, Investitionen zu tätigen. Dafür wurden 3.047 Millionen Schilling für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen aufgewendet, mit dem Ziel, die Substanz der Betriebe zu vergrößern, damit sie gestärkt in den internationalen Wettbewerb eintreten können.

Er, Mayr, trete für die größtmögliche Sparsamkeit der Verwaltung ein, doch dürfe Sparsamkeit nicht bedeuten, daß notwendige Leistungen gestrichen werden.

Stadtrat Mayr stellt den Antrag, den vorliegenden Anträgen zum Rechnungsabschluß die Zustimmung zu geben. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

19 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) nahm einleitend zu der in Diskussion stehenden Abschaffung der Lohnsummensteuer Stellung. Eine Streichung dürfe nicht zu einer weiteren Verringerung der finanziellen Ausstattung der Gemeinden, ihr Weiterbestehen aber auch nicht zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führen. Es müsse daher überlegt werden, welche Neuregelung im Rahmen des Finanzausgleiches möglich sei. Für die Gemeinden müsse es dafür einen ausreichenden Ersatz geben.

Hirnschall forderte auch einen gerechten Ausgleich bei der Tragung der Spitalskosten. Für Wien bedeute dies eine bessere Abgeltung der Kosten für die Patienten aus den anderen Bundesländern. Konsequenzen müsse es auch aus den aufgetretenen Problemen mit der Zuordnung von Zweitwohnungsbesitzern geben. Es müssen Maßnahmen gegen "unwürdige Kopfjagden" ergriffen werden, und es müssen auch klare Regelungen für die Abgabe der Stimme für die politischen Gremien erarbeitet werden.

Die Verringerung des Defizits sei nicht durch eine sparsamere Ausgabenpolitik des Finanzstadtrates zustande gekommen, sagte Hirnschall weiter, sondern auf höhere Ertragsanteile des Bundes, eine Erhöhung der eigenen Abgaben und Gebühren und schließlich auch durch höhere Einnahmen aufgrund des Mietrechtsgesetzes zurückzuführen. Der hohe Schuldenstand bedeute eine hohe Belastung des Budgets, wobei die Schulden nicht zur Überwindung vorübergehender Krisen in Kauf genommen würden, sondern bereits zu einer ständigen Norm geworden seien. Die kommunalen Investitionen gingen seit Jahren zurück, und das Wiener Bruttourbanprodukt hänge hinter dem österreichischen Bruttoinlandsprodukt zurück. Bei den Betriebsansiedlungen habe es seit 14 Jahren 1982 die geringsten Investitionen gegeben. Unbefriedigend sei auch die Situation beim Garagenbau. Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Förderungsmittel werden nicht in Anspruch genommen, obwohl Bedarf nach Garagenplätzen besteht. Daher sollten die Rahmenbedingungen für die Förderung überdacht werden. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

20 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Mit relativ geringem Aufwand sei es gelungen, die Zahl der Lehrplätze aufzustocken, sagte Hirnschall weiter. Er begrüße die Fortsetzung dieser Aktion auch im heurigen Jahr, aber es bestünden Probleme bei der Jugendarbeitslosigkeit der Schulabgänger aus anderen Schulzweigen. GR. Hirnschall stellte daher den ANTRAG, für die Absolventen der berufs- und allgemeinbildenden mittleren und höheren Schulen solle eine der Lehrlingsaktion nachgebildete erweiterte Förderungsaktion der Stadt Wien zur Erleichterung des Eintritts in das Berufsleben geschaffen werden.

Als positiv beurteilte GR. Hirnschall beim Rechnungsabschluß die relativ geringen Aufwendungen für Personal, die Stabilisierung des Spitalsdefizits, die Verlagerung der Aufwendungen für Erhaltung und Instandsetzung städtischer Wohnhausanlagen aus dem allgemeinen Budget und die Verdreifachung der Ausgaben für Wohnungsverbesserungen, während er die Tarifpolitik als "aufreizend" bezeichnete: die Einnahmen aus dem Wasserentgelt überstiegen die Aufwendungen um die Hälfte, beim Abwasser schlugen sich die Kosten von EBS und HKA auf die Verbraucherkosten nieder, und auch beim Müll würde der Verbraucher relativ zu stark belastet. Kritisch ging Hirnschall auch auf die Neuregelung der Pauschbeträge für Spielautomaten und die Fehlbelagsabgabe für unvermietete Wohnungen ein.

Da der Rechnungsabschluß die Tätigkeit des Stadtsenates widerspiegle und sich die FPÖ nicht damit identifizieren könne, lehne sie den vorliegenden Rechnungsabschluß ab, schloß Hirnschall.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

21 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) konstatierte in seinem Beitrag insgesamt eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Wiener Budgetsituation in den letzten Jahren. Hahn wies darauf hin, daß die Gesamtverschuldung der Stadt in den letzten fünf Jahren von 25,2 auf 40 Milliarden Schilling gestiegen ist, während das Gesamtbudgetvolumen nur von 49,6 auf 62 Milliarden zugenommen hat. Der Investitionsanteil ist von 22,1 Prozent auf 13,8 Prozent gesunken, alles Zahlen, die Hahn als schlecht für die Wirtschaft bezeichnete. Dazu kommen noch, so Hahn, die schleichende Verschlechterung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Wien, und die überproportionale Anhebung der Wasser- und Müllgebühren. Sollte nun auch noch die 35-Stunden-Woche und die in der Regierungserklärung vorgeschlagene Abschaffung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer kommen, so würde dies sowohl dem Wiener Budget als auch der Wiener Wirtschaft abermals schweren Schaden zufügen. Die Mittel für wirtschaftspolitische und wirtschaftsfördernde Maßnahmen sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen, wobei noch darauf hingewiesen werden muß, daß ein Arbeitsplatz bei General-Motors mit der 100fachen Summe dessen gefördert wurde, was Wiener Klein- und Mittelbetriebe im Schnitt für einen Arbeitsplatz erhalten haben. Hahn forderte eine raschere Bewilligung der Wohnbauförderungsmittel, um diese Gelder gezielt für die Wiener Bauwirtschaft und natürlich auch die Wohnungssuchenden einsetzen zu können. Weiters forderte Hahn den rascheren Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen und stellte in diesem Zusammenhang den BESCHLUSSANTRAG, den Bau von Park-and-Ride-Plätzen, vor allem bei S-Bahn und U-Bahn-Stationen, sofort in Angriff zu nehmen und zum Teil aus den Erträgen der Parkometerabgabe zu finanzieren. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

22 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Als springender Punkt für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die Anhebung der Investitionsfreude nannte HAHN die Entlastung der Wirtschaft. Dies wird jedoch weder durch die Ankündigungen von Minister DALLINGER gelingen, noch durch die ständige Gebührenerhebung, wie sie etwa in Wien bei den Wassertarifen und bei Mülltarifen stattfinden. So sind in den letzten fünf Jahren die Müllgebühren um insgesamt 54 Prozent erhöht worden, was auch in den vorgesehenen Ausgaben für die Rinter-AG seine Ursache hatte. Nachdem nun hier 160 Millionen weniger verbraucht worden sind, forderte Hahn und stellte diesbezüglich einen BESCHLUSSANTRAG, die nicht verbrauchten Ausgaben im Rahmen der Müllentsorgung einer Sonderrücklage zuzuführen, um weitere Erhöhungen der Gebühren zu vermeiden.

Schließlich wandte sich Hahn dem Bereich der Gemeindebauten zu und betonte, daß hier innerhalb eines Jahres nicht nur die Hauptmietzinse, sondern vor allem die Verwaltungskosten eine enorme Steigerung erfahren haben. Hahn kritisierte schließlich, daß die Erhaltungsbeiträge, die aufgrund des neuen Mietrechtsgesetzes 1982 eingehoben wurden, nicht zur Gänze ihrem Zweck zugeführt wurden. Er stellte daher den BESCHLUSSANTRAG, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag in einer eigenen Ein- und Ausgabenpost auszuweisen und den jeweiligen Überhang einer eigenen zweckgebundenen Sonderrücklage zuzuführen. Hahn verwies schließlich auf die seiner Meinung nach ungeklärte Finanzierung des Konferenzentrums und die hohen Folgekosten dieses Baues und des AKH, die auf Wien zukommen. Der Spielraum für Investitionen wird dadurch noch kleiner werden, die Schwierigkeiten werden noch größer werden. Die ÖVP kann dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen, schloß Hahn.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

25 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ziele, die sich die sozialistische Stadtverwaltung bei der Erstellung des Budgets 1982 gesteckt hat, konnten auch erreicht werden, sagte GR. LUSTIG (SPÖ). Wien hat - in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten - sogar etwas besser abgeschnitten als erwartet. Der Abgang ist mit 3,5 Milliarden um 1,1 Milliarden geringer als im Budget 1982 angenommen worden war. Im Rahmen einer Umschuldung wurden 1,2 Milliarden zu günstigeren Konditionen aufgenommen, um alte Schulden (zu ungünstigeren Bedingungen) zurückzuzahlen.

Der ÖVP warf Lustig vor, daß sie in ihrer Politik auf den Effekt, nicht auf die Erfüllung ausgerichtet sei. Hinter den Zahlen des Rechnungsabschlusses steht bewußtes politisches Handeln. Die ÖVP lehnt diesen Rechnungsabschluß ab, weil sie mit einer Zustimmung die geleistete positive Arbeit anerkennen müßte. Immer wieder, Jahr für Jahr, prognostiziert die ÖVP den wirtschaftlichen Schiffbruch, während die SPÖ beweist, daß sie verantwortungsbewußt für die Stadt tätig ist.

Niemand freut sich über Schulden, sagte Lustig, aber keiner der größeren Städte und Gemeinden gelingt es derzeit, ohne Schulden auszukommen. Bei der Tarifgestaltung geht die Stadt Wien mit großer Sorgfalt vor. Es wäre wünschenswert, wenn alle Preisgestaltungen in der Privatwirtschaft so offengelegt würden, wie dies im Rathaus der Fall ist. Die ÖVP versucht mit billigen Tricks der Bevölkerung einzureden, daß alles noch billiger sein müßte, und lehnt Mehreinnahmen ab, stellt aber andererseits ständig Forderungen.

Im vergangenen Jahr wurden die begonnenen Projekte weitergeführt, das soziale Netz wurde ausgebaut, wichtige Maßnahmen zur Stadterneuerung wurden gesetzt, auf dem Gebiet der Wohnbauförderung wesentliche Veränderungen und Verbesserungen durchgeführt, die Grünpolitik wurde fortgesetzt, und die Beschäftigungslage konnte weitestgehend aufrechterhalten werden.

(Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

26 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) auf dem Wohnbausektor war man auf verschiedenen Ebenen bemüht, Kostensenkungen herbeizuführen, sagte Lustig. Das Mietrechtsgesetz zeigt bereits erste positive Auswirkungen. Ins Budget 1982 waren bereits erhöhte Ausgaben für die Erhaltung hineingenommen worden, während die erhöhten Einnahmen formell noch nicht prognostiziert werden konnten, da das Gesetz ja noch nicht beschlossen worden war.

Die Stadterneuerung ist für die SPÖ kein Lippenbekenntnis, sondern - nicht erst seit heute - Kernstück der politischen Tätigkeit. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, daß auf diesem Gebiet bereits sehr viel geleistet wurde von der Wohnungsverbesserung über den Wohnbau im dichtverbauten Gebiet bis zur Schaffung von Fußgängerzonen und Grünflächen sowie zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Wohnungsverbesserung wird von der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommen. Waren es 1978 8.900 Wohnungen, betrug die Zahl 1982 bereits 14.900.

Lustig kritisierte, daß das Sonderwohnbauprogramm von der ÖVP um zwei Monate verzögert wurde. Die Arbeitsmarktsituation in der Baubranche wurde in dieser Zeit dadurch verschlechtert.

Wir werden, betonte Lustig, weiter daran arbeiten, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. Wien zählt zu den sichersten Städten der Welt, dennoch sind wir ständig bemüht, weiter an der Vervollkommnung der Sicherheitsvorkehrungen zu arbeiten. So wird der Personalstand der Sicherheitsbehörden in den nächsten Jahren weiter aufgestockt.

Wien hat unter Bürgermeister Leopold GRATZ viel gewonnen. Wien ist nicht krank und reparaturbedürftig, sondern eine Stadt auf dem Weg ins Jahr 2.000, schloß Lustig. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

27 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die öVP wird dem vorliegenden Rechnungsabschluß 1982 nicht ihre Zustimmung geben, stellte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) fest. Als Gründe für die Ablehnung nannte Wöber das Fehlen eines Budgetkonzeptes, die Tarif- und Steuerpolitik, den rückläufigen Spielraum für Investitionen sowie die zu geringe Berücksichtigung der Stadterneuerung. Stadtrat Mayr habe sich in seiner zehnjährigen Tätigkeit vom "Heinrich mit den leeren Taschen" zu "Ivan, dem schrecklichen Gebührenerhöher" entwickelt. Die öVP fordert einen Belastungsstop. Die Wiener haben um rund drei Milliarden mehr aufgebracht als im Voranschlag avisiert wurden. Der Dank für das geringere Budgetdefizit gebührt nicht den anderen Stadträten, sondern den Steuerzahlern. Immer weniger Klein- und Mittelverdiener können sich derartige Belastungen leisten.

GR. Wöber stellte fest, daß die Wiener Wirtschaft 1982 nur noch halb so gewachsen ist, wie die Wirtschaft in Österreich, die Arbeitslosigkeit in Wien dafür mehr stieg als im gesamten Bundesland. In Wien kommen sieben Arbeitslose auf eine offene Stelle, in Österreich liegt diese Zahl bei 6,1. Die Investitionen sinken von Jahr zu Jahr. Für 1983 beträgt der Investitionsspielraum nur noch 13,7 Prozent. Immer größere Beträge sind durch Folgekosten von Großprojekten verflastert. Wöber betonte, daß rund ein Drittel der Wiener Arbeitslosen durch die verfehlte Budgetpolitik entstanden sind. Die stärkere Zuwanderung zur Stadterneuerung könnte einige Probleme lösen. Dazu gehören steuerliche Anreize für die Stadterhaltung. GR. Wöber stellte den Antrag, daß Wohnungsverbesserung sowie die Instandhaltung und Verbesserung von Althäusern steuerlich begünstigt werden soll. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

28 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Ausführungen von ÖVP-GR. Dkfm. Dr. WÖBER erklärte GR. Christine SCHIRMER (SPÖ), daß die Arbeitslosenandrangszahlen in Wien nur ganz unwesentlich über dem österreichischen Durchschnitt liegen.

Der Rechnungsabschluß zeige die beschäftigungspolitischen Anstrengungen und die Bemühungen im sozialen Bereich, führte GR. Schirmer weiter aus. Er beweise, daß die Sozialisten der sozialen Sicherheit den Vorrang geben. Die weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gingen jedoch auch an Österreich nicht spurlos vorbei. Was hier aber als besorgniserregend erachtet wird, wäre für viele andere Länder eine wesentliche Verbesserung. Im Rahmen der Lehrplatzförderungsaktion haben die Stadt Wien, die Kammer, die Arbeitsmarktförderung sowie Unternehmer und Gewerbetreibende zusammengearbeitet. Das sei vielleicht der erste Schritt zur Erkenntnis, daß nicht alles nur von der öffentlichen Hand bewältigt werden kann, sagte Schirmer. Für die Unternehmer wäre die Erkenntnis wichtig, daß die Kaufkraft nur dann erhalten werden kann, wenn die Arbeitsplätze erhalten werden. "Ständig neue Technologien einzusetzen und weniger Menschen zu beschäftigen, bringt vielleicht billigere Produkte, aber es wird dann niemand dasein, der sie kaufen kann," formulierte GR. Schirmer. Es sollte daher ein sinnvoller Einsatz neuer Technologien im Vordergrund stehen, der die Menschen unterstützt, aber sie nicht verdrängt.

Die Rednerin hob die arbeitsplatzfördernden Investitionen der öffentlichen Hand, wie Bau von Schulen, Kindergärten und Altenheimen hervor. Gespart worden sei bei den Ausgaben, die für die Arbeitsplätze weniger brachten, wie die Donauinsel und dem Kanalbau. Es gebe nur wenige Tarife und Gebühren, die annähernd kostendeckend sind, betonte Schirmer. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

30 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WORM (ÖVP) befaßte sich in seiner ersten Rede vor dem Gemeinderat mit dem AKH, das er neben der Rinter-AG, der Hauptkläranlage und der EBS als einen der "Zombies" der Wiener Kommunalpolitik bezeichnete. Worm wies zunächst darauf hin, daß der VAMED-Bericht über das AKH ein halbes Jahr lang von der SPÖ zurückgehalten worden sei. Eine derartige Informationsunterdrückung sei einer Demokratie nicht würdig. Der VAMED-Bericht, verweise so Worm, alle sozialistischen AKH-Statements in das Reich der Fabel. Eine Fertigstellung des Baues bis 1990 würde jährliche Bauraten von 4 Milliarden Schilling erfordern, was schon technisch-organisatorisch nicht möglich wäre. Mit den derzeitigen Investitionsumsätzen werden nur die jährlichen Teuerungsraten gedeckt, was bedeute, daß das AKH weder in 10 noch in 20 Jahren fertig wird, sondern den Status einer Endlosbaustelle habe. Worm bezeichnete die Situation von der Planung bis zur Baudurchführung als katastrophal und schloß mit der Aufforderung, nach 28 Planungs- und 21 Baujahren mit der Stunde 0 zu beginnen, um eine Katastrophe im Bezug auf Fertigstellung, Baukosten, Betrieb und Betriebskosten zu vermeiden. Nur ein grundlegender neuer Anfang könne das AKH noch retten. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

32 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) erklärte in seiner ersten Rede vor dem Gemeinderat, daß es gelungen sei, die Vorhaben im abgelaufenen Fiskaljahr zu verwirklichen. Sparen wurde großgeschrieben, und die Maßnahmen für die Vollbeschäftigung wurden verwirklicht. Das sei national und international betrachtet eine beachtliche Leistung. Zur Wirtschaftsförderung stellte GR. Schmidtmeier fest, daß ein großer Teil an Klein- und Mittelbetriebe ausgeschüttet wurde. Wenn bei Investitionen von insgesamt 9 Milliarden eine Mehrverschuldung von 4 Milliarden zu verzeichnen sei, dann sei das wirtschaftlich vernünftig und vertretbar. Es gibt derzeit zuwenig Privatinvestitionen, daher müsse die öffentliche Hand investieren, damit die Konsumkraft erhalten bleibt.

Es sei unwahr, daß die SPÖ nur Großbetriebe bevorzuge. Die Wirtschaft brauche die echte Zusammenarbeit, brauche Groß- und Kleinbetriebe. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

33 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Großteil der Holding-Betriebe leistet ordentliche Arbeit und erfüllt kommunale Aufgaben, sagte GR. NEUMANN (ÖVP). Es ist aber nicht einzusehen, warum etwa der Vertrieb medizinisch-technischer Geräte, der Betrieb von Pizzastuben oder der Bau von Hotels von Unternehmungen der Stadt Wien durchgeführt werden. So sei beispielsweise das Projekt zum Umbau des Palais Hohenkubin in ein Luxushotel für die Firma Wibeba mit einem hohen Risiko verbunden. Mit dem Bau hätte schon längst begonnen werden sollen, schon vor dem ersten Spatenstich erwuchs der Wibeba ein Zinsverlust von 1 Million Schilling. Die Auslastung des Hotels wird schwer bis unmöglich sein, das Verlustgeschäft ist praktisch vorprogrammiert.

Neumann kritisierte, daß die Teerag-Asdag bei Aufträgen der Stadt Wien eindeutig bevorzugt werde und praktisch eine Monopolstellung - mit entsprechend höheren Preisen - habe.

Er setze, betonte Neumann, eine gewisse Hoffnung in die Übernahme der Holding-Verantwortung durch Stadtrat Mayr, da dieser sich vor einiger Zeit für eine verstärkte Privatisierung ausgesprochen habe. Die Frage der Privatisierung sollte unbelastet von ideologischer Fracht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert werden. Neumann sprach sich für die Privatisierung von Betrieben aus, die keine primäre öffentliche Aufgabe erfüllen. Es gehe dabei keineswegs um eine Privatisierung der Gewinne und eine Sozialisierung der Verluste, sondern um eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen Stadt und Wirtschaft. Die Volkspartei ist zu einer sachlichen Diskussion bereit. Das Problem sei angesichts des Finanz- und Investitionsplanes aber sehr dringlich. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

34 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding hat wieder ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinter sich, sie sei zu einem wichtigen Faktor der Wiener Wirtschaft und der Wiener Kommunalpolitik geworden, stellte GR. EDER (SPÖ) fest. Es sei wenig sinnvoll, einzelne Betriebsbereiche negativ herauszustreichen und damit dem Betrieb und den Beschäftigten in der Öffentlichkeit zu schaden, wandte sich Eder an die ÖVP. Eines der erfolgreichsten Unternehmen sei die Stadthallen-Kiba, die in den letzten Tagen ihr 25-Jahr-Jubiläum feiern konnte. Seit ihrem Bestehen wurde die Stadthalle von 34 Millionen Gästen besucht. Sie ist zu einem wichtigen Kulturzentrum Wiens geworden. Die Wiener Holding beherbergt aber auch bedeutende Sportstätten, Restaurants und hat wesentlich Anteil am Bausektor der Stadt. Durch die Fusion der Fertigteilbau mit der WBB-Wien konnten Kündigungen vermieden und die innerbetriebliche Rationalisierung gewährleistet werden. Als eine weitere positive "Tochter" der Wiener Holding nannte GR. Eder den Wiener Hafen. Durch seinen weiteren Ausbau soll gesichert werden, daß der Umschlag auf den Europakahn in Wien erfolgt. Das "Blaue Wasser" und der "Friedhof der Namenslosen" werden vom Ausbau nicht beeinträchtigt.

Die wirtschaftliche Situation sei in Wien besser als in vielen anderen vergleichbaren Großstädten. In der längsten und größten Rezession seit 1945 gibt es weltweit wirtschaftliche Probleme. Die ÖVP soll nicht so tun, als ob alles, was die SPÖ macht, falsch wäre und sie selbst den Schlüssel zum Wirtschaftswunder in der Hand hält.
(Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

35 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR befaßte sich in seinem Schlußwort mit den von seinen Vorrednern aufgeworfenen Fragen. Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung sagte Mayr, daß mit der kommenden Rationalisierungswelle die Arbeitszeitverkürzung kommen müsse. Die Frage sei nur, wann und wie. Zum Wiener Arbeitsmarkt erklärte Mayr, daß dieser durch Probleme des Wiener Umlandes belastet sei. Gerade in schwierigen Zeiten gebe es einen Zug in die Großstadt, wie die 60.000 Einpendler nach Wien deutlich zeigten.

Zur Investitionsentwicklung meinte Mayr, daß diese in Wien noch immer besser sei als in anderen Städten. Überdies gebe es auch Investitionen außerhalb des Budgets, wie im Bereich der Fernwärme, die der Stadt zugute kommen. Zum Vorwurf von Gemeinderat HIRNSCHALL, daß die Mittel für die Wirtschaftsförderung nicht ausreichend genützt werden, sagte Mayr, daß alle Möglichkeiten trotz großer Schwierigkeiten, die oft im Detail liegen, stets wahrgenommen werden. Mayr wandte sich auch gegen den Vorschlag Hirnschalls, das Ertragsaufkommen von Bürgern mit zwei Wohnsitzen aufzuteilen. Dies würde eine ungerechtfertigte Besserstellung dieser Schicht bedeuten.

Zum Bereich der Jugendarbeitslosigkeit betonte Mayr, daß man diese in Zusammenhang mit anderen Fragen der Arbeitslosigkeit sehen müsse. Ungerechtigkeiten könnten nur durch eine Vollbeschäftigungspolitik verhindert werden.

Den von den Gemeinderäten Hahn und Hirnschall angesprochenen Finanzausgleich bezeichnete Mayr als schwierige Materie. Er verwies auf die Resolution im Städtebund, in der für die Möglichkeit der Streichung der Lohnsummen- und Gewerbesteuer die Garantie der absoluten Aufkommensneutralität für jede Gemeinde gefordert wurde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

36 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Müll- und Wassergebühren erklärte Mayr, daß sich die Stadt Wien an die Empfehlung des Rechnungshofes zu kostendeckender Gebarung halte. Überdies liege es im Sinne des Umweltschutzes, diese Gebühren nicht zu niedrig anzusetzen.

Was die Verlagerung von Betrieben der verstaatlichten Industrie von Wien weg betreffe, habe er sich immer energisch dagegen ausgesprochen. Es liege in der Konstruktion der ÖIAG, daß die VOEST ein Übergewicht habe und daher bei Entscheidungen eher Linz bevorzugt werde.

Zur Finanzierung der Konferenzentrums bemerkte Mayr, daß die veränderten Bankenkonditionen eine neue Form der Finanzierung wünschenswert erscheinen lassen. Zur besseren Nutzung sämtlicher Wiener Konferenzmöglichkeiten schlug Mayr eine gemeinsame Organisation und Vermarktung aller Hallen vor.

Zum vom Gemeinderat WORM aufgeworfenen Problemkreis des AKH, erklärte Mayr, daß hier politische Angriffe nicht gerechtfertigt seien. Der VAMED-Bericht sei rechtzeitig an alle Fraktionen ergangen. Ende 1983 wurde ein endgültiger Termin- und Kostenplan der VAMED vorliegen, für den diese dann auch hafte. Diese Tatsache erkläre auch die sehr deutlichen Beanstandungen im Bericht. Schließlich setzte sich Mayr mit der Holding-Rede von Gemeinderat Neumann auseinander und sagte, begreife dieser offenbar nicht, daß die Holding auch kommunale Probleme, wie etwa die Sanierung des Palais Hohenkubin, zu lösen habe. Daß es bei der Innovationsförderung hin und wieder Schwierigkeiten geben werde, liege in der Materie der Sache. Was schließlich die Probleme der Rinter-AG betreffe, seien diese ausschließlich von der Privatfirma verursacht, der die Rinter AG gehöre. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

37 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) warf StR. MAYR vor, an entscheidenden Fragen der Wirtschaftssituation, aber auch an prinzipiellen Steuer- und Budgetfragen vorbeigeredet zu haben. Zum Problem der Arbeitszeitverkürzung meinte Busek, es sei klar, daß etwas gemacht werden muß. Es sei aber phantasielos, wie Minister Dallinger eine lineare Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden vorzuschlagen. Wie hoffnungsfroh und mutig muß ein Unternehmer sein, fragte Busek, wenn die Regierung ständig einen Unsicherheitsfaktor nach dem anderen in die Diskussion wirft und nicht sagen kann, unter welchen Steuer- und Arbeitszeitbedingungen der Betrieb in Zukunft wird arbeiten müssen. Eine einseitige Arbeitszeitverkürzung nur in Österreich sei wirtschaftlich sicher nicht durchsetzbar. Die eigentliche Problematik liege in der Frage der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Busek kritisierte, daß offensichtlich niemand in der Lage sei, in der Frage der Arbeitszeit einen Klärungsprozeß in der Regierung herbeizuführen.

Bei der Arbeitslosigkeit hat sich die Wiener Situation im Vergleich zur gesamtösterreichischen in den letzten Jahren verschlechtert. Es muß alles getan werden, um Unternehmer und Betriebe nicht ins Umland zu treiben. Busek warf der Regierung vor, zusätzliche Steuern zu schaffen und zugleich von der Wirtschaft zu verlangen, unter diesen Belastungen zu florieren. Wo der Ermutigungsfaktor für die Wirtschaft bleibe, sei ihm schleierhaft.

Die Frage der erträglichen Grenzen bei Tarifen und Gebühren wird in Zukunft eine große Rolle spielen. Tarife und Gebühren sind auf die Dauer kein Instrument zur Budgetfinanzierung. Ideologisch sei die SPÖ für direkte Steuern, in der Praxis geht sie aber den Weg linearer indirekter Steuern. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

38 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Statt den Unternehmen, die Möglichkeit zu lassen, zu investieren, werden sie, so Busek, über Tarife, Gebühren und Steuern extrem belastet und bekommen dann - auf dem Umweg über komplizierte Bestimmungen und Apparate - Förderungsmittel für bestimmte Investitionen. Bezahlen müssen heute vor allem die Klein- und Mittelbetriebe, nicht die großen Unternehmen. Der Steuerwiderstand wird so groß, daß die Tendenz zum Ausweichen sehr stark ist. Dort ist auch die Problematik des Pfuschens zu sehen.

Das billige arabische Geld für den Bau des Konferenzzentrums erwies sich als Fata Morgana, zur Kassa wird der Steuerzahler gebeten.

Das eigentliche Problem des künftigen AKH bleiben die Betriebskosten, meinte Busek.

Die Holding wurde von der ÖVP von Anfang an bejaht, wir fühlen uns mit ihr verbunden, sagte Busek, insoweit sie gemäß dem seinerzeitigen Gemeinderatsbeschuß kommunale Aufgaben erfüllt.

Die Firma Rinter ist ein schlechtes Beispiel, um die private Wirtschaft zu verteufeln. Der Fall Rinter wäre nicht möglich gewesen, hätte diese Firma nicht ein Monopol auf den Müll bekommen.

Daß Klein- und Mittelbetriebe überhaupt noch existieren, ist kein Verdienst der SPÖ-Wirtschaftspolitik, sondern ihrer Tapferkeit. Viele Wirtschaftsprobleme werden von der öffentlichen Hand verursacht. Hier eine "kopernikanische Wende" herbeizuführen, wäre ein historischer Verdienst. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

39 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte, über Wirtschaftsfragen sei eine sachliche Diskussion nötig. Die Vorwürfe von Vizebürgermeister Busek bezüglich Rinter, AKH und Konferenzzentrum bezeichnete Mayr als eine unzulässige Versimplifizierung. "Ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit der Privaten und an die Fehlbarkeit von Managern der öffentlichen Hand." Es sei außerdem ein Irrtum, wenn Vizebürgermeister Busek behauptete, unserer Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus. "Wir haben genug Arbeit, was uns ausgeht, sind die Mittel, wenn wir nicht den Mut haben, eine Finanzierung zu suchen. Darüber ist eine Diskussion auf breiter Basis, ohne parteipolitische Bindungen, nötig."

In einer weiteren Wortmeldung stellte Vizebürgermeister BUSEK klar, mit den Hinweis, daß die Arbeit ausgehe, habe er gewisse Produktionsformen in der Industriegesellschaft gemeint. Er sei aber einer Meinung mit Stadtrat Mayr, daß Bereich der Dienstleistungen, im städtischen Leben und in Sachen des Umweltschutzes genügend Arbeit vorhanden sei. Er freue sich darüber, sagte Busek, daß im Grundsätzlichen zwischen ihm und Stadtrat Mayr eine Übereinstimmung vorhanden sei. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

40 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die große Zeit der Stadterweiterung ist vorbei, das Schwergewicht der Kommunalpolitik wird in nächster Zeit auf der Renovierung und Vitalisierung alter Stadtviertel sowie auf der Erhaltung, Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Bausubstanz liegen. Mit diesen Worten bekannte sich Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) neuerlich zur forcierten Stadterneuerung. Als weitere wesentliche Aufgaben seines Ressorts nannte Hofmann die verstärkte Kontrolle im Wohnbau und organisatorische Verbesserungen innerhalb der Wohnhäuserverwaltung. Die wichtigste Planungsaufgabe wird die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplanes sein.

Zwtl.: Substandard durch moderne Wohnungen ersetzt

Die neuerliche Akzentuierung der Stadterneuerung bedeute jedoch nicht, daß auf diesem Gebiet nichts geschehen sei, erklärte Hofmann. Zwischen 1971 und 1981 hat sich der Anteil der gutausgestatteten Wohnungen in Wien von 48 Prozent auf über 70 Prozent, in absoluten Zahlen von 56.000 auf 247.000, erhöht. Der Anteil der Substandardwohnungen ist im gleichen Zeitraum von einem Drittel auf etwa ein Fünftel zurückgegangen. Bereits 1970 habe er, Hofmann, erklärt, daß eine Trendumkehr von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung notwendig ist. Die Zusammenfassung der planenden und ausführenden Dienststellen ist eine wichtige organisatorische Voraussetzung für eine wirkungsvolle Stadterneuerung. Nach wie vor sei sie aber nicht Aufgabe eines einzigen Ressorts, sondern umfaßt die gesamte Stadtverwaltung und viele andere Sektoren des öffentlichen und privaten Bereiches.

Zwtl.: Privatinitiative soll gefördert werden

Viele Gebiete, wo eine Erneuerung besonders notwendig ist, befinden sich im Privatbesitz. Es wird notwendig sein, die manchmal noch schlummernde Privatinitiative zu wecken, sagte Hofmann. Dazu wird noch viel Aufklärungsarbeit erforderlich sein. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Stärkere Kontrolle im Wohnbau

=++++

41 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Hofmann will sich ferner für eine stärkere Kontrolle im gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzen. In Zukunft wird der Magistrat selbst Prüfungen von laufenden Bauvorhaben durchführen, erklärte Hofmann. Die Wohnbauträger werden dabei verpflichtet, eine Aufschlüsselung der bereits erhaltenen Mittel vorzunehmen und bekanntzugeben, wieviel davon bereits tatsächlich verbaut wurde. Diese Kontrollen durch die Stadtverwaltung sollen die an sich zufriedenstellende Tätigkeit des Prüfverbandes nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Zwtl.: Bürgernahe Wohnhäuserverwaltung

Die städtische Wohnhäuserverwaltung soll organisatorisch verbessert werden. Stadtrat Hofmann strebt eine Intensivierung und Demokratisierung des Kontaktes zwischen Mieter und Verwaltung an. Einen Schritt zur Erhöhung der Transparenz, der in diesen Tagen wirksam wird, brachte das neue Mietrechtsgesetz: Jeder Mieter erhält heuer bis spätestens 30. Juni erstmals eine detaillierte Abrechnung des Hauptmietzinses samt Erhaltungsbeitrag und Betriebskosten für das Jahr 1982.

Zwtl.: Stadtentwicklungsplan - Beschlußfassung 1984

Das Ressort Stadtentwicklung und Stadterneuerung beinhaltet umfangreiche Aufgaben der Stadtplanung. Daß das Wort Planung nicht im Ressorttitel enthalten ist, heiße natürlich nicht, daß es in Wien keine Planung mehr gebe. Eine wesentliche Aufgabe der Stadtplanung sei es derzeit, die vielfältigen Stellungnahmen, die zum Entwurf des Stadtentwicklungsplanes abgegeben wurden, in eine endgültige Fassung einzuarbeiten, die dem Gemeinderat im kommenden Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

42 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Detailproblem der Stadtplanung betrifft die Frage der Otto-Wagner-Brücke im Zusammenhang mit dem geplanten Bau der U 6. Dazu wird am 6. Juli ein Hearing stattfinden. Außerdem wird ein Wohnbauwettbewerb anlässlich des 60-Jahr-Jubiläums des kommunalen Wohnbaues vorbereitet. Ziel des Wettbewerbes soll es sein, für die vielfältigen Aufgaben des modernen Wohnbaues in einer Großstadt verschiedene Lösungen anzubieten und zu verwirklichen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

44 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte zunächst grundsätzliche Überlegungen zur Stadtentwicklung an. Sei im bisherigen Ressort "Stadtplanung" der Schwerpunkt auf der Stadtentwicklungsplanung gelegen, so scheine ihm jetzt der Wohnhausbau dominierend zu sein, sagte Pawkowicz. Daß sich der Begriff der Stadterneuerung durchgesetzt habe, sei zu begrüßen. Der Stadtentwicklungsplan müsse als Fundament für die weitere Stadtpolitik gesehen werden, wobei auch Fakten wie das schwache Wirtschaftswachstum, der Bevölkerungsrückgang und der Wunsch nach einer gesunden Umwelt berücksichtigt werden müßten. Für die Zukunft scheine die Inangriffnahme der Bezirksentwicklungspläne unter Berücksichtigung der direkten Demokratie als besonders wünschenswert. Pawkowicz beklagte, daß die Ausgaben für die Stadtstrukturplanung hinter den Voranschlägen zurückgeblieben seien: Zukunftsorientierte Planung dürfte kein Stiefkind der Stadtplanung sein. Ebenso sei es notwendig, zur Erneuerung der städtischen Bausubstanz sämtliche Einnahmen aus der Vermietung der Revitalisierung zuzuführen. Da aber auch die privaten Wohnhäuser einer dringenden Erneuerung bedürften, schlug Pawkowicz vor und stellte einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG, durch eine zeitlich begrenzte Zuschußaktion der Stadt Wien Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten im Sinne des Mietrechtsgesetzes mit 20 Prozent der anfallenden Kosten zu unterstützen. Für diese Aktion sollen jährlich 200 Millionen Schilling vorgesehen werden. In einem zweiten BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz die Erarbeitung von Richtlinien zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen mit Hilfe eines Punktesystems. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

45 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 hat sich in seinen Grundzügen bestens bewährt, sagte GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP). Seit 1970 wurde aber der Eigentumsgedanke Schritt für Schritt gestört. Der Anteil der Eigentumswohnungen ist in den letzten Jahren rapid gesunken, obwohl sie die beliebteste Wohnform der Wienerinnen und Wiener darstellen. Hier wird nicht nach den Wünschen der Bevölkerung vorgegangen, sondern entsprechend einer eigentumsfeindlichen, sozialistischen Grundhaltung.

Es sei notwendig, die Praxis des sozialen Wohnungsbaues zu überdenken und zuzugeben, daß in vielen Bereichen zu teuer und zu aufwendig gebaut wurde.

Künftig muß es möglich sein, die demokratische Mitbestimmung im sozialen Wohnbau stärker in den Vordergrund zu stellen.

Maier sprach sich für kleinere und überschaubarere Bauvorhaben im kommunalen Wohnbau aus. Je größer und vor allem höher Wohnhäuser gebaut werden, desto höher steigen auch die Bau- und Betriebskosten. Die Preise der Grundstücke nehmen direkt proportional mit der Bauhöhe zu. Fälle wie Alt-Erlaa oder Marco-Polo-Gründe, wo eindeutig überhöhte Grundpreise bezahlt wurden, dürfen nicht mehr vorkommen. Das Ziel müssen Wohnungen sein, die sich jeder leisten kann.

Das sozialistische Konzept der Startwohnungen hat sich als Fehlschlag erwiesen. Maier bedauerte, daß der ÖVP-Vorschlag einer Wohnstarthilfe abgelehnt wurde.

Für die Althausinstandsetzung stehen öffentliche Förderungen zur Verfügung, die aber nicht zur Gänze angenommen werden. Zum Teil liegt das an einem Mangel an Information und an den komplizierten Verfahren. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

46 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) wies die Kritik der Volkspartei zur Stadtplanung zurück. "Wien verzichtet nicht auf eine Stadtplanung", sagte Oblasser, "die neue Ressortverteilung hat der Stadtplanung sogar eine Aufwertung gebracht". Der Stadtentwicklungsplan, dessen Entwurf dem Gemeinderat vorgelegt wurde, ist ein Planungs- und Orientierungsrahmen für alle. Er soll Fehlentwicklungen verhindern und positive Ansätze fördern. Das Interesse der Bevölkerung am Stadtentwicklungsplan ist groß, betonte Oblasser. 20.000 Besucher haben die Ausstellung im Messepalast gesehen, 12.000 Broschüren wurden bestellt, 1.300 Stellungnahmen eingebracht. Der Stadtentwicklungsplan dient als Grundlage für die Erstellung klarer Zielsetzungen und Prioritäten, er ist Ausdruck eines demokratischen Willensprozesses und des gesamtpolitischen Wollens. Und er ist eine Integration aller einzelnen Ressortplanungen. Der Redner bedauerte die Ablehnung der ÖVP zum Stadtentwicklungsplan. "Für uns Sozialisten ist die Entwicklung unserer Stadt wichtig, wir glauben an die Zukunft dieser Stadt."
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

47 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Diskrepanz zwischen dem Stadtentwicklungsplan und der Wirklichkeit bekriftelte GR. HAWLIK (ÖVP). Als Beispiel nannte Hawlik den 11. Bezirk. Im Stadtentwicklungsplan heißt es, Pflanzen und Tiere gehören geschützt. Für den Ausbau des Alberner Hafens gibt es bereits eine Rodungsbewilligung, im Erholungsgebiet des sogenannten "Sauhaufen" werden Kohlenhalden entstehen.

Im Stadtentwicklungsplan heißt es, landwirtschaftliche Nutzungen sollen erhalten bleiben. In der Praxis sieht es so aus, daß das Straßenprojekt der B 225 in Planung ist, daß das Projekt Leberberg entstehen soll, und von der A 21 weiß man nicht, ob sie umweltfreundlich gebaut wird. Eine weitere Diskrepanz ist die Vorrangigkeit der Stadterneuerung im Stadtentwicklungsplan und die geplante Satellitenstadt auf dem Leberberg in Kaiserebersdorf. Für 10.000 Leute soll hier ein Stadtteil entstehen, der nur an ein einziges Verkehrsmittel, an die Linie 71, angebunden ist.

Im Stadtentwicklungsplan heißt es, die Umweltqualität ist durch Reinhaltung der Luft zu verbessern. In Simmering ist die Luft um sehr viel schlechter als in anderen Bezirken. Durch das E-Werk und die EBS drohen starke Umweltverschmutzungen, die Hauptkläranlage stinkt.

Im Arbeitsprogramm der SPÖ wird mehr Demokratie für die Bevölkerung gefordert. In Simmering hat die Bevölkerung einer Wohnhausanlage erst durch die Bauarbeiter erfahren, daß ein Tröpferlbad durch einen Konsum ersetzt werden soll. Bäume sind hier gefährdet, die Anrainer werden Müllcontainer vor den Fenstern erhalten. Ferner kritisierte GR. Hawlik, daß eine Umweltdiskussion im Simmeringer Brauhaus durch sozialistische Funktionäre gestört wurde. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

48 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zwischen den Anliegen der Wirtschaft und dem Umweltschutz müssen Kompromisse geschlossen werden, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ). Die ÖVP könne nicht gleichzeitig für den Umweltschutz eintreten und dabei Forderungen für die Wirtschaft erheben. Zum Thema Bürgerinitiative erinnerte Swoboda an das Pfann'sche Bad in Meidling. Da diese Bürgerinitiative nicht die Linie der ÖVP vertrete, spreche die ÖVP von einem "faulen Kompromiß". Swoboda befaßte sich weiter mit dem Themenkreis Stadterneuerung und Wohnbau. Hier seien Maßnahmen kommunaler und privater, finanzieller und organisatorischer Art notwendig. Neben der Erneuerung und dem Neubau im dichtverbauten Gebiet werde auch weiterhin die sinnvolle Stadterweiterung notwendig sein, sagte Swoboda. Er wies auf die verschiedenen Maßnahmen wie die Wohnungsverbesserung und die Altstadtmilliarde hin, die bereits im Sinne der Stadterneuerung getätigt wurden, und sprach sich auch für eine Mieterhöhung nach dem neuen Mietengesetz als Grundlage für Investitionen im Hausbestand aus. Als zusätzliche Maßnahmen der Stadterneuerung schlug Swoboda die Angleichung der Förderungen im Alt- und Neubaubereich, die Zusammenlegung der Wohnungsverbesserung und der Altstadtmilliarde, die Zusammenführung der Wohn- und Mietzinsbeihilfe, organisatorische Verbesserungen und die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor. Zu den Wohnungskosten sagte Swoboda, daß etwa die Heizkosten unvorhersehbar gestiegen sind, daß jedoch in Zukunft mehr als bisher auf die Folgekosten geachtet werden müsse. Abschließend plädierte er für neue Organisationsformen im Bereich der Bodenpolitik, wie etwa den gemeinsamen Ankauf und die gemeinsame Verbauung durch verschiedene Wohnbauträger. Dadurch könnten die Preise gesenkt werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

49 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtteilplanungen, die Architekturwettbewerbe und die Arbeit am Stadtentwicklungsplan bezeichnete GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) als die positiven Leistungen der Amtszeit von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER. Als negativ wertete Mayr eine Entscheidungsschwäche Wurzers sowie dessen persönliche Verständigungsschwierigkeiten mit seinen Beamten.

Ausständig seien, so Mayr, die Stadtteilplanungen für Teile des 3. Bezirks, für Dornbach, für Teile des 2. Bezirks und für das Floridsdorfer Zentrum sowie die Architektenwettbewerbe für ein kleineres Vorhaben im 21. Bezirk und für das Gelände des alten AKH. Bei kleineren Bauvorhaben sollte man den Architekten mit den Arbeiten vom Vorentwurf bis zur Bauaufsicht beauftragen, die MA 24 sollte nur kontrollieren.

Der Stadtentwicklungsplan enthält eine Wunschliste praktisch aller Abteilungen des Magistrats, deren Verwirklichung an die 200 Milliarden Schilling erfordern würde. Die Aufgabe des Gemeinderates muß es sein, eine Prioritätenliste bis zum Jahr 2000 zu erstellen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

50 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) kritisierte den kommunalen Wohnbau. Es entstehe eine neue Armut, verbunden mit schweren Mängeln im kommunalen Wohnbau. Mit einem Beispiel schilderte Worm das triste Schicksal einer 44jährigen Frührentnerin, der eine, wie Worm sagte, "menschenunwürdige Wohnung" zugewiesen wurde. "Ich klage den Sozialstaat und seine unmenschliche Bürokratie an", so Worm. Das Beispiel dieser Frau sei kein Einzelfall, es gebe ähnliche Schicksale in vielen kommunalen Großbauprojekten. Gleichzeitig warf Worm dem früheren Wohnbaustadtrat Hatzl vor, sein eigenes Büro mit Millionenaufwand umzubauen.

In der Siedlung "Am Schöpfwerk" sei eine Reihe von Baumängeln festzustellen. Diese Mängel seien auch durch ein bisher "geheimgehaltenes" Gutachten der MA 39 bestätigt. (Forts.) fk/rb

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

51 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Dort, wo Bauschäden auftraten, wurden sie nach Möglichkeit unverzüglich repariert, erklärte StR. HATZL (SPÖ) zum Debattenbeitrag von GR. Worm. Er wolle sich nicht darauf ausreden, daß die zitierten Bauten vor seiner Amtsperiode geplant wurden, sagte Hatzl. Wenn die zuständigen Magistratsabteilungen Änderungen von den Planern verlangten, so hat jedoch die ÖVP jedesmal kritisiert, daß die Architekten zuwenig Spielraum haben. Auch in alten Gemeindebauten treten Schimmelpilze dann auf, wenn sie besser wärmegeklämmt werden. Sein Vorredner habe einen Einzelfall als symptomatisch hingestellt. Hatzl könne eine Liste von Mängeln bei ÖVP-Bauten nennen.

Zum Büroombau stellte der Stadtrat nochmals fest, daß es darum gehe, ressortfremde Abteilungen aus dem Stadtratbüro abzusiedeln, Die ÖVP kritisiert den Umbau zu einem Zeitpunkt, da sie selber den Wunsch hat, ihre Klubräume mit öffentlichen Mitteln zu vergrößern.

Der ÖVP-Gemeinderat Worm habe eine Rede von Unterstellungen und Diffamierungen gehalten. Es wurde ein Einzelfall herausgegriffen und dem Angegriffenen keine Gelegenheit zur Richtigstellung gegeben, weil es auch dem bestinformierten Stadtrat nicht möglich ist, alle Wohnungsfälle auswendig zu kennen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

52 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN erklärte zur vorhergegangenen Debatte um den Fall einer 44jährigen Frührentnerin in der Siedlung Am Schöpfwerk, daß die Opposition das Recht habe, Mißstände aufzuzeigen, auch wenn diese nicht die Regel bedeuten. Im übrigen, so Hahn, frage er sich, wie oft die als Wohnungsmängelsuchgerät angepriesene Infrarotkamera eingesetzt wurde. Ferner frage er sich, wie die Ergebnisse der Untersuchungen ausgesehen haben und was dann geschehen sei. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

53 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER erklärte, nach den Ausführungen von GR. Ing. Worm schein es, als ob die Schimmelbildungen in Gemeindewohnungen die Regel seien. Im übrigen passe die Diktion von Worm ins "profil", aber nicht in den Gemeinderat. Es wäre jedenfalls besser gewesen, mit einem Fall sozialer Not zum zuständigen Stadtrat zu gehen, um Hilfe zu suchen, anstatt im Gemeinderat lautstarke Anklage zu führen.

Zur Frage der Wohnbeihilfe sagte Hofstetter, daß diese - 1982 gab es 30.500 Bezieher - ein bewußter Akt der Subjektförderung sei. Zum Vorwurf der GRe. Hahn und Dr. Mayr, die Wohnbauförderungsrücklage sei zu hoch, erwiderte Hofstetter, daß sie mit 1,1 Milliarden Schilling etwa ein Drittel der Jahrestangente des Wohnhausbaues betrage und damit den Grundsätzen einer ordentlichen Geschäftsführung entspreche. Die aufgeworfene Forderung nach der Streichung der Mehrwertsteuer für Eigentumswohnungen müsse er ablehnen, da ja bei Mietwohnungen ebenfalls Mehrwertsteuer gezahlt werden müsse. Ebenso müsse er einer Reihe von Forderungen für den kommunalen Wohnbau, wie dem Bau halbfertiger Wohnungen und der Mitbestimmung, widersprechen, da diese aus verschiedenen Gründen nicht möglich seien. Abschließend hob Hofstetter die Arbeit der Grundstücksverwaltung hervor, die durch den Ankauf, aber auch durch den Verkauf von Grundstücken die Voraussetzungen für den Wohnbau und für andere kommunale Vorhaben schaffe. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

55 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN erklärte, daß in den letzten Jahrzehnten nur von 1969 bis 1973 und von 1976 bis 1983 ein Stadtrat ausschließlich für die Planung zuständig war. Sonst gab es immer - wie auch jetzt - Koppelungen der Planung mit ausführenden Dienststellen.

Im Planungsbereich wird die Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes eine zentrale Aufgabe der nächsten Zeit sein. Dabei stellt sich auch die Frage, wie fixiert solche Planungen sein sollen. Man wird zwischen den beiden Extremen, daß der Stadtentwicklungsplan sozusagen für die Ewigkeit gilt bzw. daß nichts fix sei, eine Lösung finden müssen.

Das neue Mietrecht findet seinen Niederschlag vor allem bei der Erhaltung der städtischen Wohnhäuser sowie jener Privathäuser, deren Zustand einigermaßen mit den Mieteinnahmen übereinstimmt. Der Substandard kann mit dem Erhaltungsbeitrag allein nicht beseitigt werden, da werden auch andere Maßnahmen nötig sein.

Bei der Stadterneuerung ist noch sehr viel zu tun, es ist aber in den vergangenen Jahrzehnten auch bereits sehr viel geschehen. 1951 betrug der Anteil der mindestens mit Bad und WC ausgestatteten bewohnten Wohnungen in Wien 14 Prozent, 1971 48 Prozent und 1981 71 Prozent. Von 1971 bis 1981 sank die Zahl der Wohnungen ohne Wasser und/oder ohne WC von 238.000 auf 133.000. Wenn nur dieses Tempo der Stadterneuerung beibehalten wird, wäre diese schlechteste Kategorie in eineinhalb Jahrzehnten beseitigt, sagte Hofmann.

In Richtung ÖVP meinte Hofmann, ob nicht auch sie die Notwendigkeit einsehe, das Wohnungseigentumsgesetz abzuändern, da sich die Eigentümer praktisch bei jeder Reparatur gegenseitig im Weg stehen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

56 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnbauförderungsgesetz, so Hofmann, ist ein wirksames Instrumentarium für Bauvorhaben auf der grünen Wiese, für Städte mit gründerzeitlicher Bebauung wünschen wir uns ein neues Instrumentarium.

Wenn wir uns zur Stadterneuerung bekennen, dann soll dies ohne Ansehen des jeweiligen Bauwerbers geschehen. Wenn die ÖVP beispielsweise im 7. Bezirk wirklich so dringend einen Park will, so sei er bereit, sagte Hofmann, dort keine Wohnbauförderungsmittel mehr zu genehmigen. Jetzt kann ein Bauvorhaben, für das es bereits eine Baubewilligung gibt, aber nicht mehr verhindert werden.

Die begonnenen Stadtteilplanungen werden fortgesetzt und abgeschlossen. Für die Zukunft ist aber zu überlegen, welche Planungskapazitäten wir haben und wo wir sie einsetzen.

Dem von GR. Ing. Worm vorgebrachten Einzelfall werde er selbstverständlich nachgehen, sagte Hofmann. Wäre es Worm allerdings wirklich um eine rasche Hilfestellung gegangen, so hätte er ihn schon längst informieren können und nicht auf seinen heutigen Auftritt warten müssen. (Forts.) ger/rb

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

57 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, die unfaßbaren Baumängel und Bauschäden treffen die Bewohner, und es müsse alles unternommen werden, diese Mängel abzustellen. Der Redner appellierte an den neuen Stadtrat Hofmann, sich künftig von Fehlern und Fehlentscheidungen zu trennen. Dr. Petrik sprach von einer Großstadtkrise und der Notwendigkeit der Neuorientierung und warnte vor neuen Irrlehren, etwa der Idee, Autos in Tunnel zu zwängen. In der Verkehrspolitik müssen neue Prioritäten gesetzt werden, und nach diesen sei zu handeln.

Es gebe auch innerhalb der SPÖ Funktionäre, mit deren Denkansätzen für den Bereich Stadtentwicklung und Stadterneuerung die ÖVP einen Konsens finden kann.

GR. Petrik brachte einen RESOLUTIONSANTRAG ein, durch Forschungsvorhaben Vorschläge zur Senkung der Kosten des sozialen Wohnbaues zu erarbeiten. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

58 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Es sei zwar keine Schande, vom politischen Gegner gelobt zu werden, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), aber er sehe keine Übereinstimmung mit der ÖVP. Von der großen Opposition sei in der gesamten Debatte kein konkreter Vorschlag und keine Alternative zum Wohnungsbereich gekommen. Die Feststellung, daß die Stadt seit der Gründerzeit zerstört wird, ist eine Beleidigung für alle Menschen, die Wien in mühseliger Arbeit aufgebaut haben. Es wird nicht verhehlt, daß es Baumängel gibt, aber es geschieht etwas dagegen, betonte Dr. Swoboda. Es sei Mode geworden, durch politisch motivierte Attacken das Image der kommunalen Wohnsiedlungen "madig" zu machen. Neben Baumängeln gibt es auch soziale Probleme, die deswegen entstehen, weil die Stadt Wien eben gerade für die sozial Schwächeren baut. Die ÖVP soll aufhören, auf Kosten der Menschen in den kommunalen Wohnhausanlagen Politik zu machen. (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (48)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

59 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL erklärte in ihrem Bericht, die Stadt Wien sei der größte Dienstleistungsbetrieb Wiens. Rund 60.000 Menschen stehen im Dienst der Stadtverwaltung, wobei der größte Teil der Dienstposten auf Tätigkeiten entfällt, die direkt der Bevölkerung unserer Stadt zugutekommen. Nur rund zehn Prozent können als "Schreibtischbeamte" bezeichnet werden. Allein 20.000 Bedienstete arbeiten in den Spitälern, 14.000 bei den Wiener Stadtwerken. Seidl wandte sich gegen das Klischee des "typischen Beamten", das von einer falschen Einschätzung des städtischen Bediensteten zeigt. Wer die Beamten der Stadt Wien kennt, weiß, daß die meisten von ihnen mit Fleiß und Engagement bei der Sache sind. Überdies sorgt die Verwaltungsakademie für eine ständig bessere Ausbildung der Beamten, die Verwaltungsrevision für mehr Bürgerfreundlichkeit etwa auf dem Drucksortensektor. Als einen Erfolg für Wien bezeichnete Seidl die Revision der Volkszählung. Man muß nun an einer neue Definition des "ordentlichen Wohnsitzes" arbeiten.

Zur Debatte um die Arbeitszeitverkürzung erklärte Seidl, daß diese eine starke Erhöhung des Personalaufwandes bringen würde und man jedenfalls sehr vorsichtig an diese Maßnahmen herangehen müsse. Die weitere Verbesserung der Ausbildung der städtischen Bediensteten sowie weitere Bemühungen um die Bürgernähe der Verwaltung nannte Seidl als nächste Ziele auf dem Personalsektor. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

60 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Sektor Rechtsangelegenheiten sagte Seidl, daß die Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Bevölkerung sei. Diesem Bedürfnis soll durch das Wiener Sicherheitsgesetz Rechnung getragen werden. Diffizile Detailfragen, die eine intensive Beschäftigung mit der Materie verlangen, erfordern auch eine längere Auseinandersetzung, um ein gutes Gesetz vorlegen zu können. Jedenfalls soll diese Vorlage noch im Jahre 1983 erfolgen. Seidl verwies auch auf die behördlichen Aufgaben der Rechtsabteilung. Ferner seien in einer Großstadt wie Wien immer neue Gesetze und Gesetzesnovellierungen notwendig. Die diesbezüglichen Änderungen sollen so rasch wie möglich und in einer für den Bürger lesbaren Form realisiert werden.

Zum Konsumentenschutz erklärte Seidl, daß dieser heute eine besonders wichtige Aufgabe darstellt. So haben 1982 etwa 42.000 Überprüfungen nach dem Lebensmittelgesetz stattgefunden. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien hat 1982 9.708 Lebensmittelproben untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der Überprüfung auf toxische Stoffe lag. Seidl verwies auf die Bedeutung des Fleischmarktes St. Marx, der die Versorgung Wiens sicherstellt. 1982 wurden in St. Marx 147 Millionen Kilo Fleisch untersucht. Schließlich hob Seidl die Bedeutung der Gründung des Wiener Konsumentenbeirates hervor, der der Verbesserung der Nahversorgung und einem verbesserten Konsumentenschutz dienen soll. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

61 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß im Unterausschuß bereits Einigkeit über das Landessicherheitsgesetz bestanden habe, die Vorlage aber dennoch nicht erfolgt sei. Dieses Gesetz ist dringend notwendig. Der Entwurf sollte nun den zuständigen Gremien rasch zur Endberatung vorgelegt werden.

Die Kombination des Konsumentenschutzes mit dem Rechtswesen ist sinnvoll. Bedenken erhob Hirnschall gegen die angekündigte Zusammensetzung des Konsumentenbeirates, weil darin die Konsumenten selbst fast nicht vertreten seien.

Ein wichtiges Bedürfnis der berufstätigen Konsumenten seien besser angepaßte Ladenschlußzeiten. Dabei könnte es durchaus bei den wöchentlichen Gesamtöffnungszeiten bleiben, die Ladenschlußzeiten der einzelnen Unternehmen könnten jedoch entsprechend den örtlichen Gegebenheiten flexibel gestaltet werden.

Zu den Aufgaben des für den Konsumentenschutz zuständigen Stadtrates gehört auch die Preisüberwachung, wobei davon die Gebühren und Tarife öffentlicher Institutionen nicht ausgenommen sein dürfen. Hirnschall stellte den ANTRAG, in Zukunft alle Anträge zur Änderung städtischer Tarife und Gebühren vor der Beschlußfassung dem für Konsumentenschutz zuständigen Stadtrat zur Begutachtung zuzuleiten. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (51)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

62 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) bot in ihrer ersten Rede vor dem Gemeinderat ihre konstruktive Mitarbeit zum Wohl aller Bürger an. Es habe sie sehr gefreut, sagte sie, daß Frau Stadtrat Seidl der Nahversorgung künftig verstärkt ihre Aufmerksamkeit widmen werde. Auch die Idee der "temporären Märkte" fand die Rednerin positiv.

Zur optimalen Verwirklichung des Konsumentenschutzes fehlen aber Aussagen, wie es mit dem Konsumentenschutz gegenüber öffentlichen Dienstleistungen aussieht, so Korosec. Bei Behörden, Krankenanstalten, Verkehrsmitteln, Sicherheitseinrichtungen sowie bei den Ent- und Versorgungsunternehmen habe der Bürger keine Wahlmöglichkeit, keine Alternative. Bei der Verwaltung ist für den Bürger die Zuständigkeit oft unüberschaubar. Es gehe darum, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Die Stadtverwaltung soll ein Dienstleistungsunternehmen für den Bürger sein, der diese Verwaltung ja finanziert, betonte Korosec. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (52)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

63 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für das Personal machten 26,3 Prozent des Gesamtbudgets aus, erklärte GR. PESKA (SPÖ). Sie betragen rund 17 Milliarden beim Magistrat und 4,5 Milliarden bei den Wiener Stadtwerken. Der Personalstand weist bei der Hoheitsverwaltung 45.066 und bei den Stadtwerken 14.952 Beschäftigte aus. Rund 22.000 Bewerbungen zeigen deutlich, wie sehr der Dienst bei der Gemeinde Wien begehrt ist. Besonderes Augenmerk wurde wieder der Lehrlingsausbildung und der Jugendbetreuung zugewendet. Bei den Wiener Stadtwerken standen Ende 1982 373 Lehrlinge in Ausbildung. Bei der Stadt Wien traten 250 Bürokaufmannslehrlinge ihren Dienst an. Insgesamt standen 1982 679 Jugendliche in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Ein weiterer Beitrag zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit ist die von Bürgermeister Gratz initiierte Aktion zur Lehrplatzförderung. Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die bei Aufnahmen bei der Stadt Wien berücksichtigt wird, sind Behinderte. Insgesamt werden zusätzliche 150 außerplanmäßige Dienstposten für Behinderte geschaffen. GR. Peska hob zuletzt noch die finanzielle Besserstellung hervor, die durch die Besoldungsreform für 85 Prozent der Beamten erwirkt werden konnte. Trotz Fortschreiten neuer Technologien dürfen Arbeitsplätze nicht verlorengelassen, warnte Peska. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (53)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

64 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) setzte sich mit dem geänderten Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung, mit der veränderten politischen Kultur auseinander. Ausdruck dieser Änderung sei ein neues Wahlverhalten, seien die Bürgerinitiativen. Es gebe einen neuen Regionalismus, der sich in Wien auf Bezirksebene abspiele. Demgemäß könne man sagen, daß die Dezentralisierung die Demokratisierung der 80er Jahre sei. Die Struktur Wiens als eine Stadt, die aus selbständigen Einheiten zusammengewachsen ist, komme dieser Entwicklung entgegen. Diese Bezirke und Bezirksteile bilden die reale Grundlage für mehr Selbstverwaltung, sagte Welan, für die kleine Stadt in der Großstadt, die die Möglichkeit zur Identifikation mit der Umwelt bietet. Es sei nun Aufgabe der Verwaltung, auf neue Aktivitätsformen wie Bürgerinitiativen einzugehen. Die moderne Verwaltung müsse offen für das Gespräch sein, Geduld haben und informationsfreudig sein. Noch überwiegen in Wien die Elemente der repräsentativen Demokratie, schloß Welan. Eine Verstärkung der direkten Demokratie sei für die Stadt dringend notwendig. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (54)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

65 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Mit Fragen des EDV-Einsatzes und des Datenschutzes im Bereich der Stadtverwaltung befaßte sich GR. Mag. ZIMA (SPö). Das Rechenzentrum der Magistratsdirektion ist das größte kommunale Rechenzentrum Österreichs und kann sich durchaus mit dem großen Rechenzentrum des Bundes messen. Besonders bemerkenswert ist das breite Anwendungsspektrum. Bisher wurden 14.000 EDV-Programme entwickelt. Zima wies auf die großen Anstrengungen hin, die unternommen wurden, um den Datenschutz in unserer Stadt zu realisieren, und legte ein klares Bekenntnis zum Datenschutz ab. Die Schaffung eines Landesdatenschutzbeauftragten ist allerdings aus juristischen und praktischen Gründen nicht möglich beziehungsweise sinnvoll.

Wien hat nach wie vor eine der sichersten Großstädte der Welt. Die im Jahr 1982 angezeigten 118.000 Delikte bedeuten gegenüber 1981 eine äußerst geringfügige Steigerung um rund 600 Fälle. Die Aufklärungsquote konnte um 1,2 Prozent verbessert werden. Der größte Teil der Delikte sind Eigentumsdelikte. Es besteht auf dem Gebiet der Sicherheit, die eines der elementaren Bedürfnisse der Bürger darstellt, kein Grund zum Pessimismus. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (55)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

66 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die geplante Gründung eines Konsumentenbeirates sei keine neue Idee, betonte GR. SCHNEIDER (ÖVP). Die Zusammensetzung dieses Beirates würde lediglich zu einer weiteren Aufblähung des Verwaltungsapparates beitragen. Die Nahversorgung ist problematisch, es gibt viele Versorgungslücken besonders bei Lebensmitteln. Auf den Märkten zeigt sich die schwierige wirtschaftliche Lage, zahlreiche Betriebe sind insolvent oder haben Zahlungsrückstände. Positiv wertete der Redner die Einrichtung der temporären Märkte. Besorgt zeigte sich Schneider über die Zukunft der durch den Bau der U 3 betroffenen Märkte im 3. Bezirk, den Augustiner Markt und den Landstraßer Markt. Die Wiener Märkte haben eine große historische Bedeutung, die erhalten bleiben soll. (Forts.) fk/rb

Wiener Gemeinderat (56)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

67 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Konsumentenschutz hat in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert erhalten, betonte GR. JANK (SPÖ). Er basiert im wesentlichen auf dem Konsumentenschutzgesetz, dem Lebensmittelgesetz und den Bestimmungen für den technischen Bereich. Was nicht gesetzlich festgelegt werden kann, ist das Vertrauen, das der Konsument beim Erwerb eines Produktes oder bei Inanspruchnahme einer Dienstleistung entgegenbringen muß. Der Problemkreis des Konsumentenschutzes soll aus tagespolitischen Streitigkeiten ausgeklammert werden. Man könne auch nicht von vornherein annehmen, daß Firmen absichtlich gegen den Konsumentenschutz verstoßen. Bei bewußter Täuschung sollen allerdings konsequente Maßnahmen gesetzt werden. Auch der Konsument muß seinen Beitrag leisten, indem er sich informiert. Von größter Bedeutung erwies sich dabei der Verein für Konsumenteninformation. Jank regte an, daß von der Konsumenteninformation Auskünfte an Stellen der Stadt weitergegeben werden.

Weitere wichtige Einrichtungen für den Konsumenten sind das Markt- und das Veterinäramt, die der Erhaltung der Volksgesundheit dienen. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt weist im internationalen Vergleich die besten Untersuchungsergebnisse auf. Um für den Konsumenten tätig zu sein, bedarf es der gegenseitigen Kontrolle, aber auch des gegenseitigen Vertrauens, sagte Jank abschließend. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (57)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

68 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) meldete sich zur Frage der Ladenschlußzeiten zu Wort. Er erklärte, daß das Ladenschlußgesetz 1958 geschaffen wurde. Zum Unterschied von damals, als noch 48 Stunden gearbeitet wurde, gebe es heute die 40-Stunden-Woche und damit mehr Zeit zum Einkaufen für die Konsumenten. Eine Umfrage im Jahr 1979 habe überdies ergeben, daß 82 Prozent der Konsumenten und 62 Prozent der Händler mit den derzeitigen Öffnungszeiten zufrieden seien. Nicht zufrieden seien zum Großteil die Handelsangestellten, von denen überdies ein großer Prozentsatz Frauen ist, die spät abends noch ihre Hausarbeit verrichten müssen. Die vielzitierte Nahversorgung würde, so Freitag, durch die sogenannte Liberalisierung der Ladenschlußzeiten ebenfalls einen Schaden erleiden, da ein Kaufkraftsog in die Einkaufszentren entstehen würde. Bedenke man alle diese Argumente, schloß Freitag, könne man einer Liberalisierung der Ladenschlußzeiten nicht das Wort reden. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (58)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

69 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Ladenschlußzeiten wurde auch bereits von anderen Fraktionen diskutiert, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Neugestaltung der Ladenschlußzeiten sei ein Denkanstoß, über den man diskutieren kann.

Stadtrat Friederike SEIDL kündigte an, daß heuer im Herbst in ihrem Büro ein "Wiener Konsumententelefon" installiert wird. Bei der Erfassung der Nahversorgungslücken wird die Bevölkerung eine Mitsprachemöglichkeit haben. Die Frage der Ladenschlußzeiten kann im Konsumentenbeirat diskutiert werden. Eine Veränderung halte sie, sagte Seidl, nur bei einem allgemeinen Konsens der betroffenen Gruppen für möglich.

Die Tarife und Gebühren sind keine Angelegenheit des Konsumentenschutzressorts. Ihre persönliche Mitwirkung an den Beschlüssen, betonte Seidl, ist als Mitglied des Stadtsenates gewährleistet.

Die Imageverbesserung für die Beamten und die bürgernahe Verwaltung sind ein Mosaik von vielen kleinen Dingen, die zu tun sind, die aber zum Teil auch schon getan worden sind.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. ARTHOLD (ÖVP), erteilte Stadtrat HATZL einen Ordnungsruf wegen der in der Debatte über die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Richtung von GR. Ing. WORM (ÖVP) gebrauchten Formulierung: "Was sie heute getan haben, ist der schlechte Charakter eines Politikers."

Die Sitzung wurde um 0.30 Uhr unterbrochen und wird heute, Dienstag, den 29. Juni, um 9 Uhr mit der Beratung über die Geschäftsgruppe "Kultur und Sport" fortgesetzt. (Schluß) ger/gg

NNNN

Gratz: Gassergasse wird abgerissen (1)

Utl.: Sandner: Funktionierende Jugendgruppen absiedeln

=++++

17 #Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Nach einem Gespräch mit Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gab Bürgermeister Leopold GRATZ Montag vormittag die Anweisung, das Gebäude des ehemaligen Jugendzentrums in der Gassergasse so rasch als möglich abzureißen. Dies, nachdem sich im Gespräch mit der Vizebürgermeisterin herausgestellt hatte, daß die funktionierenden Jugendgruppen (die Alternative Schule, die Fotogruppe und die Musiker) in anderen Jugendzentren oder Schulgebäuden Quartier finden können. Die Weiterverwendung des Areals wird in Zusammenarbeit von Städteplanung und Bezirksvorstehung diskutiert werden.#

Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner wies in einer Pressekonferenz darauf hin, daß bei der Gründung des Jugendzentrums Gassergasse klargewesen sei, daß aus der Unübersichtlichkeit der Räumlichkeiten und dem schlechten Zustand des Hauses eine schwere Aufgabe entstehen würde. Nachdem aber einige Jugendgruppen in das WUK oder die Hauffgasse abgewandert waren, blieb nur mehr eine Gruppe 30- bis 40jähriger "am Rande der Gesellschaft" übrig, die den Begriff Jugendzentrum nicht mehr rechtfertigte. Außerdem habe das Kontrollamt starke Mängel in der Verrechnung der jährlichen Subventionen von 2,2 Millionen Schilling festgestellt.

Statt nun Gespräche zu führen, seien die verbliebenen Benützer der Gassergasse Sonntag den Weg einer Demonstration gegangen, die sich außerhalb des legalen Bereiches entwickelt habe. Ebenso wie Jugendliche in Wien Recht auf autonome Zentren hätten, habe aber die Wohnbevölkerung auch Recht auf Ruhe, meinte Sandner. (Forts.) rđ/gg

NNNN

Gratz: Gassergasse wird abgerissen (2)

Utl.: Sandner: Funktionierende Jugendgruppen absiedeln

=++++

18 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Er habe sich Montag früh sowohl den Polizeibericht kommen lassen, erklärte Bürgermeister Gratz, als auch die "Begründung" für den Radau. Nachdem klar war, daß jene Gruppen, die gute Arbeit geleistet haben, in die Arena, das WUK oder das Amerlinghaus abgesiedelt werden können, habe er die Anweisung gegeben, das Gebäude abtragen zu lassen. Es sei durch jene Gruppen, die immer nur provozieren wollten, zu einer echten Belästigung geworden, die er gegenüber der Bevölkerung nicht mehr länger verantworten konnte.

Schließlich hätten die anderen drei erwähnten Jugendzentren bewiesen, daß man gute Arbeit leisten könne, ohne ein exterritoriales Gebiet außerhalb der Rechtsordnung zu bilden. Bei allem Respekt vor Selbstverwirklichung sei die Freiheit in einer Großstadt nicht schrankenlos, meinte Gratz.

Das Gebäude ist ab sofort gesperrt und bewacht, lediglich Schüler und Lehrer der Alternativen Schule werden noch bis Freitag Zutritt haben. Zu der Gefahr, daß nun Demonstrationen und Protestkundgebungen verstärkt werden könnten, meinte Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner, es sei wohl möglich, daß eine kleine Gruppe uneinsichtiger Jugendlicher diesen Weg gehen würde. Das, was in anderen Städten zu Unruhen geführt habe, sei aber in Wien durch das Vorhandensein funktionierender Jugendzentren ausgeschlossen. (Schluß) rö/ap

NNNN

Rechnungsabschluß 1982 - Zusammenfassung Generaldebatte (1)

=++++

23 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Fragestunde begann am Montag um 10 Uhr die Generaldebatte zum Rechnungsabschluß 1982. Sie wurde mit einem Referat von Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) eingeleitet. Mayr betonte, daß die gute Wirtschaftspolitik und die Einhaltung des Ein- und Ausgaberahmens dazu geführt hätte, daß der Rechnungsabschluß günstiger ausfiel als der Budgetvoranschlag. Bei Einnahmen von 62,1 und Ausgaben von 65,6 Milliarden verringerte sich der Abgang von 4,6 um 1,1 auf 3,5 Milliarden Schilling.

Auch die Wiener Arbeitslosenrate mit 3,3 Prozent war günstiger als der Bundesdurchschnitt mit 3,7 Prozent. Die Rücklagen der Stadt stiegen im Vorjahr auf 3,8 Milliarden, der Schuldenstand - ohne Stadtwerke und ohne Fremdmittel für Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds beträgt 13,7 Milliarden, das sind 22 Prozent der Einnahmen. Die beschäftigungswirksamen Ausgaben beliefen sich auf 19,3 Milliarden. Mayr betonte, daß er für größtmögliche Sparsamkeit eintrete, doch dürfe Sparsamkeit nicht bedeuten, daß notwendige Leistungen gestrichen werden.

Zwtl.: FPÖ lehnt ab

Seitens der FPÖ lehnt Klubobmann Dr. HIRNSCHALL den Rechnungsabschluß ab. Die geplante Abschaffung der Lohnsummensteuer dürfe nicht dazu führen, daß die Gemeinden finanziell ausgehungert werden. Weiters forderte er einen Ausgleich der Spitalskosten. Positiv wertete er die Stabilisierung des Spitalsdefizits und die Ausklammerung der Erhaltungskosten aus dem Budget. Die kommunale Tarifpolitik wurde von Hirnschall scharf kritisiert. (Forts.)

fk/ap

NNNN

Rechnungsabschluß - Zusammenfassung Generaldebatte (2)

Utl.: ÖVP lehnt ab

=++++

24 Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) konstatierte eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Budgetsituation der Bundeshauptstadt in den letzten Jahren. Der Investitionsanteil sei auf 13,8 Prozent gesunken, die Gesamtverschuldung hingegen von 25,2 auf 40 Milliarden Schilling in den letzten fünf Jahren gestiegen. Der Redner forderte eine raschere Bewilligung der Wohnbauförderungsmittel im Interesse der Bauwirtschaft und der Wohnungssuchenden. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und zur Förderung der Investitionsfreude der Betriebe müßte die Wirtschaft entlastet werden.

Hahn kritisierte neuerlich die hohen Folgekosten vom Konferenzzentrum und AKH, die den Spielraum für Investitionen noch mehr verkleinern.

Zwtl.: SPÖ: Ziele des Budgets verwirklicht

Die Ziele, die sich die sozialistische Stadtverwaltung bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1982 vorgenommen hat, konnten - in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten auch erreicht werden, sagte GR. LUSTIG (SPÖ). Wien hat, wenn auch im bescheidenen Umfang, besser abgeschnitten als erwartet. Die ÖVP lehne den Rechnungsabschluß ab, weil sie mit einer Zustimmung die positive Arbeit, die geleistet wurde, anerkennen müßte. Die begonnenen Projekte wurden weitergeführt, das soziale Netz ausgebaut, in der Stadterneuerung wichtige Maßnahmen gesetzt, im Bereich der Wohnbauförderung wesentliche Verbesserungen durchgeführt, die Grünpolitik weitergeführt und die Beschäftigungslage weitestgehend aufrecht erhalten. Wien hat unter Bürgermeister Leopold GRATZ viel gewonnen, ist weder krank noch reparaturbedürftig, sondern eine Stadt auf dem Weg ins Jahr 2000. (Schluß) fk/ko

NNNN